

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M., im voraus zahlbar, Vierteljahr 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Vertriebsgebühren. Auslandsabonnent 6,- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif porto 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Welt und Zeit“ „Berliner Frauenstimme“, „Lehmit“, „Bild in die Bäderwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
26. Februar 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Spanneile 60 Pfennig, Reklamereile 5,- Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das eingedruckte Wort 25 Pfennig (täglich zwei eingedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, montags bis 17 Uhr

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Rechnungsbüro: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Dtsch.-Gef., Depostiten., Jerusalemstr. 65/66

Der Weg zur Partei.

30 ehemalige Kommunisten treten der sozialdemokratischen Partei bei.

Die Aktivität der Sozialdemokratischen Partei führt neue Kämpfer in ihre Reihen. Eine geschlossene Gruppe von dreißig früheren Kommunisten, die sich nach dem Ausschluß aus der KPD. als unabhängige kommunistische Partei selbstständig organisiert hatte, hat den Antrag gestellt, in die Sozialdemokratische Partei aufgenommen zu werden.

Der Bezirksvorstand hat in seiner letzten Sitzung diesem Antrag stattgegeben. Die zur Partei übergetretenen Genossen veröffentlichen eine Erklärung, die wir im folgenden wiedergeben.

Erklärung!

Die gut organisierten Vorstände der Unternehmer zum Zwecke der Lohnherabsetzung, Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Sozialgesetz usw. zeigen, daß die Arbeiterklasse alle Ursache hat, sich gegenüber den Klassengegnern in höchster Alarmbereitschaft zu halten.

Aus der Erkenntnis heraus, daß zur Abwehr des Angriffs auf die Lebenshaltung des Proletariats die Geschlossenheit der wirtschaftlichen proletarischen Organisationen eine unbedingte Notwendigkeit ist, haben wir uns gegen eine Politik gewandt, welche ein geschlossenes Handeln des klassenbewußten Proletariats verhindert und zur Zerschlagung (Spaltung) ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung führen mußte.

In einer Zeit, in der es mehr denn je Aufgabe jedes marxistisch denkenden Arbeiters sein müßte, jede Zerspaltung, die immer eine Schwächung der Kampfkraft des Proletariats bedeutet, zu verhindern, geht die KPD. dazu über, durch Schaffung sogenannter revolutionärer Gewerkschaftsorganisationen (RGO.) die freien Gewerkschaften zu spalten.

Die offizielle KPD. hat bereits in den letzten Jahren durch ihre Agitation, die sozialdemokratische Arbeiter als Sozialfaschisten und somit als Teile der faschistischen Bewegung hinstellte, das Herausbilden einer Einheitsfront der Arbeiterklasse verhindert und damit auch den Nationalsozialisten indirekt Hilfsdienste geleistet.

Von dem Gedanken ausgehend, daß die Geschlossenheit der Arbeiterklasse die wichtigste politische Gegenwartsaufgabe ist, haben die Unterzeichner dieser Erklärung, die bisher der Gruppe der unabhängigen Kommunisten angehört, zunächst versucht, die aus der KPD. ausgeschlossenen oder ausgetretenen Gruppen zu einer politischen Organisation zu vereinen.

Der Lauf der Verhandlungen hat jedoch gezeigt, daß alle die Gruppen, die jede für sich freieste Diskussionsmöglichkeit in der KPD. verlangen, sich nicht dazu aufstellen können, durch ihren Zusammenschluß eine Organisation zu schaffen, die diese Forderung freierster Aussprache über politische Streitfragen reiflos erfüllt.

Die akute faschistische Gefahr, der die Arbeiterklasse gegenübersteht, gestattet es nicht, daß sie ihre eigene Front durch dauernde Kämpfe einzelner Gruppen gegeneinander zermürbt, sie verlangt sowohl in der gewerkschaftlichen wie in der politischen Organisation ein geschlossenes Auftreten gegenüber dem Klassengegner.

Deshalb kann das Ziel des wirklichen proletarischen Kämpfers nur die Schaffung der einheitlichen proletarischen Organisation sein.

Die KPD., die jede Mitbestimmung ihrer Mitglieder bei der Festlegung der politischen Marschrouten bemüht ausschaltet, die schon durch ihre Organisationsform die Möglichkeit fruchtbarer politischer Diskussion unterbindet, die die geringste Abweichung von der gerade gültigen Parteilinie mit dem Ausschluß aus der Partei ahndet, kann dieses Sammelbecken nicht werden.

Wir aber sind der Ansicht, daß die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation unbedingt erhalten, die Einheitlichkeit der politischen Organisation mit allen Mitteln angestrebt werden muß, und glauben, daß wir in der Sozialdemokratischen Partei die Möglichkeit haben, für diese Ideen zu wirken.

- gez. Leh, Hermann, Stadtrat (politisch organisiert seit 1909); Raddach, Erich, M. d. L. (1910); Hilmer, Richard, Stadtorde- neter (1906); Obendieck, Wilhelm, M. d. L.; Kofenthal, Frieda, Färbereierin (1918); Lude, Karl, Stadtrat (1909); Hoffmann, Karl, Maschinenführer (1918); Jägermann, Richard, Erbedient (1911); Roth, Paul, Tischler (1909); Wilmann-Roth, Frieda, (1922); Edelkunk, Fritz, Angestellter (1911); Böner, Arthur, Werkzeugmacher (1910); Günther, Hermann, Maschinenbauer (1910); Weidt, Hermann, Dreher (1922); Schoedt, Karl, Metall- arbeiter (1919); Reimschel, Rudolf, Fahrradschlosser (1922); Seifenberg, Ludwig, Buchhändler (1915); Salsagner, Wilhelm, Arbeiter (1919); Bötscher, Elise, Hausfrau (1919); Bötscher, Paul, Werkzeugmacher (1912); Schulz, Georg, Betriebsrat (1926); Pflü, Otto, Arbeiter (1905); Kode, Ernst, Betriebsrat (1920); Moldmann, Otto, Betriebsrat (1911); Radke, Ernst, Betriebsratsmitglied; Sandfah, Arthur, Arbeiter; Bennenwig, Fritz, Arbeiter; Gnobl, Will, Gewerkschaftsangehelligter (1910).

Leh und Raddach sind unbesoldete Stadträte im Berliner Magistrat, Lude ist besoldeter Stadtrat in Neudölln, Hilmer und Frieda Kofenthal sind Stadtorordnete in Berlin. Der Landtagsabgeordnete Obendieck gehört organisatorisch nach Stettin.

Diese dreißig Genossen haben den Weg zur wirklichen Einheitsfront der Arbeiterklasse gefunden. Ihr Beispiel wird weiterwirken!

Die neuesten Moskauptilger.

Borfig, Klödner, Klobbach, Költgen, Pfeiffer, Poensgen.

Die Herren von Borfig und Peter Klödner, Klob- bach und Költgen, Pfeiffer und Poensgen verlassen dieser Tage ihr Vaterland, um für einige Zeit Gäste der Moskauer Sowjet- regierung zu sein. Borfig und Klödner brauchen nicht weiter vor- gestellt zu werden. Klobbach vertritt Krupp, Költgen den Sie- mens-Konzern, Pfeiffer die AEG, Poensgen die Ver- einigten Stahlwerke.

Das ist sicher eine der interessantesten Reisege- sellschaften, die die Welt jemals gesehen hat. Denn es ist so ziemlich das ganze deutsche Schwerindustrie- und Elektrokapital, das da um den Tisch eines einzigen Salonwagens sitzt. Und nicht weniger interessant als die Reisege- sellschaft ist das Reiseziel. Der Kapitalismus fährt zum Bolschewismus auf Besuch, und übermorgen werden auf dem Moskauer Bahnhof beide einander in den Armen liegen.

Es wird gewiß ein glänzender Empfang werden, ein Empfang, wie ihn — wir stellen das neidlos fest — Führer der sozialistischen Arbeiterbewegung gar nicht zu träumen wagen. Seit der russische Bolschewismus an der Macht ist, kann man ja stets die Beobachtung machen, daß er sich mit ausländischen Generälen und Kapitalisten viel besser versteht als mit Gewerkschaftsführern oder mit sozial- demokratischen Journalisten.

Daß einer der sechs Moskauptilger, Herr Ernst Poensgen, gerade jetzt wieder 5000 Arbeiter auf die Straße geworfen hat, daß er die Gewerkschaften zerschlagen will, um einer zwanzigprozentigen Lohnherab- setzung den Weg frei zu machen, wird gewiß die Herz- lichkeit des Empfanges nicht im geringsten beeinträchtigen. Und außer- dem hat Herr Poensgen erwidert, daß „seine“ Arbeiter

immer noch freier wären und besser lebten als die russischen. Einer solchen Antwort wird man sich gewiß nicht aussetzen wollen.

Wir wollen nur hoffen, daß sich die selbstverständliche Höflich- keit, mit der Sowjetrußland seine illustren Gäste empfängt, nicht überschlägt. Sonst kämen die Herren am Ende aus Rußland noch hochmütiger zurück, als sie dorthin gefahren sind.

Wir haben auch gar nichts dagegen, daß die russischen Sowjet- gewaltigen mit den deutschen Kapitalgewaltigen verhandeln, wün- schen vielmehr diesen Verhandlungen den besten Erfolg.

Nur zwei Bitten haben wir.

Erstens, daß man deutsche Sozialdemokraten und Gewerkschafter in Zukunft nicht als „Verräter“ verachtet, wenn auch sie mit Großunternehmern im Interesse der deutschen Arbeiter sachliche Verhandlungen führen.

Und zweitens, daß man den deutschen Arbeitern keine un- mittelbar bevorstehende „Weltrevolution“ vor- spiegelt, wenn man zur Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft soviel Vertrauen hat, wie es die Sowjetführer durch den Empfang der sechs starken Männer aus Deutschland praktisch beweisen.

Montag, 2. März, abends 7 1/2 Uhr,
„Sportpalast“, Potsdamer Straße 72:

Otto Braun, Preußischer
Ministerpräsident

Pietro Nenni, Italien

(Verfasser des Buches „Todeskampf der Freiheit!“)

Einlaßkarten bei den Funktionären.

Bezirksvorstand.

Worauf es ankommt!

Von Wilhelm Dittmann.

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sieht nach dem Ausgang der Reichstagswahlen in der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung der Verfassung und dem Schutz des Parlamentarismus ihre erste Aufgabe.“

Mit den vorstehenden Worten begann die Erklärung der neugewählten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in der sie bei ihrem ersten Zusammentreten am 3. Oktober 1930 die Parole für ihre Arbeit ausgegeben hat. Diese Parole wurde von der ganzen Partei im Reiche freudig begrüßt und sie hat die stürmische Aktivität ausgelöst, die seit Monaten die Partei durchflutet. Die Saboteure der Demokratie und des Parlaments sind längst in die Defensive gedrängt. Ihre Flucht aus dem Reichstag nach ihrer Niederlage hat diese Tatsache vor In- und Ausland handgreiflich dargelegt.

Deutschnationale und Nationalsozialisten bemühen sich nachträglich vergebens, ihre Flucht als besonders kluges Parlamentsmanöver vor ihren enttäuschten Wählern zu rechtfertigen. Aus der Not möchten sie eine Tugend machen. Herr Everling, der deutschnationale Fürstenanwalt, hat in der „Deutschen Zeitung“ geprahlt, die Mittelparteien und die Sozialdemokratie seien wegen der Sicherung der Beschluß- fähigkeit an den Reichstag gefesselt, während die Rechte im Lande Versammlungen über Versammlungen abhalten könne. Arme! Herr Everling! Mitte und Sozialdemokratie können jeden Augenblick durch einfache Aenderung der Geschäftsordnung die Beschlußfähigkeit des Reichstags dergestalt neu fest- legen, daß die Zahl der Parlamentsschwänzer dabei unberück- sichtigt bleibt. War doch vom Abgeordneten Koch-Wefer schon im letzten Reichstag vorgeschlagen worden, den Reichstag bei Geschäftsstimmungen schon dann für beschlußfähig zu erklären, wenn ein Viertel seiner Mitglieder anwesend ist. Wollen Mitte und Sozialdemokratie ihre Abgeordneten für die Ver- sammlungstätigkeit frei machen, so haben sie es jederzeit in der Hand, die „Fesselung an den Reichstag“ zu lockern. Herr Everling hat also zu früh frohlockt.

Neuerdings wird der Exodus der Rechten gerühmt als Sprengpulver, mit dem die Mittelparteien und die Sozial- demokratie auseinandergetrieben werden sollen. Dabei unter- stellt man der Sozialdemokratie die Torheit, daß sie gemein- sam mit den Kommunisten eine Mehrheit gegen die Mittelparteien in den Fragen der Sozialpolitik und der Wehrpolitik herbeiführen werde, so daß die Mittelparteien die davongelassenen Rechtsparteien um Rückkehr und Hilfe anflehen müßten. Diese Spekulation unterschätzt die Intelligenz der Sozialdemokratie, die sich bewußt ist, daß ihr zahlen- mäßiger Einfluß im Reichstag bei der Wahl am 14. Sep- tember 1930 bestimmt worden ist und daß die indirekte künst- liche Steigerung ihres Zahlengewichts durch den Exodus der Rechten keine wirkliche Machtsteigerung bedeutet. Sie wird sich also nicht auf das Glatteis einer sozialistisch- kommunistischen Scheinmehrheit locken lassen, selbst wenn die Kommunisten noch so sehr über „Verrat“ zetern sollten.

Die Arbeitermassen, die getreu unserer Fraktions- und Parteiparole in der Niederwerfung des Faschis- mus das Gebot der Stunde sehen, sind nicht so töricht, sich von solchem kommunistischen Verratsgeschrei beirren zu lassen. Sie wissen, worauf es ankommt, daß die nachträglich konstruierte Taktik der Reaktion nur darauf gerichtet ist, die Regierung zu stürzen und sich selber in den Sattel zu setzen. Dieses Ziel der Reaktion zu vereiteln, sind die Massen zu jedem unvermeidbaren Opfer bereit, weil sie wissen, daß sie sonst vom Regen in die Traufe geraten würden. Gelänge es der Rechten, die Mittelparteien an sich zu reißen und über ihre Leichen zur Macht zu kommen, dann ade Arbeiterschutz, ade Arbeiterschut, ade Sozialpolitik, ade Konsumenten- schutz, ade Arbeiterrechte, ade staatsbürgerliche Freiheiten für die Arbeiterklasse!

Daher werden die werttätigen Massen, die so stürmisch und leidenschaftlich mit steigender Erbitterung im Lande den Kampf gegen die Feinde der Demokratie führen, auf den neuesten Schwindel der Parlamentsschwänzer von der ange- blichen sozialistisch-kommunistischen Reichstagsmehrheit nicht hereinfallen. Für sie ist und bleibt das A und O der prak- tischen Politik die Parole, die diesen Zeilen voransteht: die Erhaltung der Demokratie, Sicherung der Verfassung und der Schutz des Parlamentarismus.

Was der deutschen Sozialdemokratie vor 68 Jahren bei ihrer Gründung von Ferdinand Lasalle als zu er- kämpfendes Ziel vor Augen gestellt, was in unerhört opfer- reichem Kampfe von mehr als zwei Proletariergenerationen erungen worden ist, das läßt sie sich nicht wieder rauben: das gleiche Recht für alle, auf dem Demokratie und

Parlamentarismus beruhen. Klingt es nicht wie ein mahnen- der Fanfarenstoß in die unmittelbare Gegenwart, wenn Lassalle in seinem „Offenen Antwortschreiben“ vom 1. März 1863, der Geburtsstunde der Sozialdemokratie, den deutschen Arbeitern zuruft:

„Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist . . . nicht nur Ihr politisches, es ist auch Ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe . . . Organisieren Sie sich . . . zu dem Zweck einer gefeßlichen und friedlichen, aber unermüdeten, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts . . . Pflanzen Sie diesen Ruf fort in jede Werkstätte, in jedes Dorf, in jede Hütte . . . Wiederholen Sie täglich, unermüdet dasselbe, wieder dasselbe, immer dasselbe! Je mehr es wiederholt wird, desto mehr greift es um sich, desto gemaltiger wächst seine Macht. Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentrieren und nicht nach rechts noch links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt . . .“

Dieser zündende Aufruf Lassalles, der die Sozialdemokratie ins Leben rief, galt damals der Erringung und gilt heute der Erhaltung des allgemeinen und direkten Wahlrechts, der Grundlage der Demokratie und des Parlamentarismus. Der Kampf um die Erhaltung dieser Volksrechte ist heute der wichtigste Punkt, auf den alle Kräfte zu konzentrieren, dem gegenüber alle parlamentarischen Einzelfragen untergeordneter Natur sind. Blicken wir deshalb nicht nach rechts noch links, seien wir taub gegen alles, was nicht diesem Kampfe dient! Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Hitler höhnt Hindenburg.

Aber Hugenberg versucht sich anzubiedern.

Mit dem altgermanischen Führergedanken ist es bei den Germanen von heute so eine Sache. Führer ist allzumal nur derjenige, der tut, was einem paßt. Macht er's anders, so ist er sehr schnell abgemeldet. So ist es auch dem alten Herrn von Hindenburg ergangen, der vor sechs Jahren von der gesamten „nationalen Opposition“ auf den Schild gehoben worden war. Jetzt hat er in seiner Antwort auf den Brief des Herrn Wege öffentlich die Aufforderung an sie gerichtet, in den Reichstag zurückzutreten. Und was tun sie, die Lobredner deutscher Mannestreue?

Schnöde und schnippisch klingt das Echo aus München. Dort erklärte Hitler in öffentlicher Rede, daß der Reichspräsident den Brief gar nicht selber geschrieben habe. Hindenburg sei gar kein politischer Lenker, sondern werde selbst gelenkt. Seine Stellungnahme nutze nicht dem deutschen Volk, sondern nur einer Regierung, die zu zwei Dritteln eine Politik mit dem Marxismus mache. Deshalb gelte auch hier das Wort: „Mitgegangen, mitgefangen.“ Die richtige Färbung: „Mitgefangen — mitgehungen“ unterließ Hitler offenbar in Erinnerung an das Republikanengesetz. Der Reichspräsident hoffe vergeblich, daß die nationale Opposition seine Politik retten werde, denn er dürfe nicht vergessen, daß diese Opposition überhaupt nur da sei, weil sie sich nicht die Wege Hindenburgs gegangen, sondern gegen ihn entstanden sei. Die Nationalsozialisten lehnten ein für allemal die Versuche des Reichspräsidenten ab, sich zum Hilfsdienst für die heutige Regierung heranziehen zu lassen.

In der großen Versammlung erhob sich keine Stimme zugunsten des alten Führers. Alle jubelten dem neuen zu.

So klein ist Hindenburg und so groß ist Hitler! Es ist doch eine schöne Sache um die alten deutschen Tugenden, um Dankbarkeit und Treue!

Während Hitler in München tobte, diplomatisierte Hugenberg in Braunschweig. In einer Rede sagte er:

Das Kabinett Brüning braucht die Rechte. Aber es will ihr nicht die Führung der politischen Geschäfte einräumen, die ihr zukommt. Es brauche die Sozialdemokratie nicht, wenn es sich mit Rechts verständigen wollte. Aber es will den Einfluß der Sozialdemokratie aufrechterhalten, insbesondere in Preußen. Dies eigensinnige Verfolgen in der Stunde höchster Gefahr ist eine geschichtliche Sünde. Der Brief Hindenburgs wird in der Regierungspreffe als „Bräde“ zu den Deutschnationalen gewertet. Er könnte es in Verbindung mit einem entsprechenden Briefe an das Zentrum werden, der dazu beitrüge, die Bahn für die Rechte freizumachen.

Wenn Herr Hugenberg von der Rechten spricht, so meint er damit natürlich nicht nur die drei Duzend plus fünf Abgeordneten, die seine Führerkunst von der Deutschnationalen Partei noch übrig gelassen hat, sondern auch die 108 Nationalsozialisten. Ueber die aber verfügt nicht er, sondern Hitler, und Hitler erklärt, daß die nicht dürfen, mag Hindenburg schreiben, was er will und an wen er will.

Ein Hindenburg-Brief nach Hugenburgs Diktat würde keine Brücke schaffen. Eher wäre er dazu geeignet, das, was in Deutschland an Ordnung noch vorhanden ist, zu Kleinholz zu verwandeln.

Goebbels dementiert sich.

Das gefälschte Reichstagessteno- gramm.

In der Reichstags-Sitzung vom 5. Februar hat Dr. Goebbels als Redner der nationalsozialistischen Fraktion folgendes ausgeführt: „Die nationalsozialistische Bewegung hat nicht die Absicht, unter diesem Regiment aus ihrer sturen, eigensinnigen und trotzigem Oppositionshaltung herauszutreten.“

Vor einigen Tagen ist das gedruckte Stenogramm über diese Sitzung erschienen. Mit Erstaunen stellt man fest, daß Herr Dr. Goebbels das „sture“ und „eigensinnige“ gestrichen hat, so daß nur noch die „trotzige“ Opposition übriggeblieben ist.

Das ist ein neues Beispiel dafür, wie die Hakenkreuzer sich nachträglich herauszulügen suchen, wenn sie auf einer Pummelheit erfaßt werden. Oder sind Herrn Dr. Goebbels etwa Bedenken gekommen, durch den Gebrauch des Ausdrucks „sture“ in zu enge Verwandtschaft zu dem „sturen“ Hugenberg gebracht zu werden? Uebrigens hat die Fälschung des Stenogramms nichts genutzt. Denn da der nachfolgende Redner sich auf das „sture“ ausdrücklich bezog, hat Goebbels seine Streichung umsonst vorgenommen.

Hakenkreuz unbeliebt. Der Nürnberger Stadtrat hat in geheimer Sitzung einen Antrag der NSDAP. abgelehnt, ihr im Sommer dieses Jahres zur Durchführung des Reichsparteitags der NSDAP. städtische Räume zu überlassen.

Zweimal Schwindel entlarvt.

Ein gefälschter Artikel und ein gefälschter Aufruf der Volksbeauftragten.

In einem Artikel, der am 4. Januar 1931 in der nordamerikanischen Presse erschien, hatte Genosse Müller-Franken unter anderem darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie und das Zentrum sich seit Beendigung des Weltkrieges für die Politik der moralischen Abrüstung eingesetzt hätten. Der „Völkische Beobachter“ hatte das, wie der „Vorwärts“ am 31. Januar feststellte, in „moralische Entwaffnung Deutschlands“ umgefälscht. Der „Völkische Beobachter“ gibt am 25. Februar die Einschaltung des Wortes Deutschland endlich zu, behauptet aber unter Berufung auf einen Artikel der in deutscher Sprache in Buenos Aires erscheinenden „La Plata-Zeitung“ dazu ein Recht gehabt zu haben, denn Hermann Müller habe sich in der in Buenos Aires erscheinenden „Nacion“ geschrieben: „Mit der moralischen Abrüstung, die Erzberger so grundlegend in die Wege geleitet habe, wäre es zu Ende und Deutschland würde wieder ruhen.“

Das ist eine neue Fälschung. Der Artikel der „Nacion“, auf den sich das auslandsdeutsche Heftorgan in Buenos Aires bezieht, ist nämlich nur eine in Amerika vorgenommene Uebersetzung des Artikels vom 4. Januar aus dem Englischen ins Spanische.

Interessant ist übrigens, daß der „Völkische Beobachter“ behauptet, Hermann Müller verläßere den Freiheitswillen des erwachenden Deutschland als Kriegstreiber gegen das Ausland.

Ein amtlich entlarvter Schwindel.

Vor der letzten Reichstagswahl hatte Genosse Reichstagsabgeordneter Dittmann in einer Wahlversammlung in Striegau in Schlesien den vom deutschnationalen „Striegauer Anzeiger“ nachgedruckten angeblichen Aufruf des Rats der Volksbeauftragten „An alle“ vom 9. November 1918 als Schwindel bezeichnet. Am Tage vor der Wahl brachte das deutschnationale Blatt einen Artikel „Und er ist doch echt“, in dem es behauptete: „Nun, es wurde festgestellt: das Originalmanuskript zu diesem Aufruf befindet sich im Archiv des Reichsinnenministeriums.“

Dittmann bekam das Blatt mit dieser Behauptung erst wochenlang später zu Gesicht. Neuwieders hat das Blatt in einer Jahreschronik diese Behauptung wiederholt. Darauf sandte Dittmann den

„Striegauer Anzeiger“ vom 13./14. September 1930 an das Reichsinnenministerium mit der Bitte um Mitteilung, ob sich ein solches Manuskript im Archiv des Ministeriums befinde. Auf diese Anfrage hat Genosse Dittmann nunmehr am 21. Februar 1931 folgende Antwort erhalten:

„Unter Rückleitung der anliegenden Nr. 215 des „Striegauer Anzeigers“ vom 13./14. September 1930 beehre ich mich mitzuteilen, daß nach den vorgenommenen Feststellungen weder im Reichsministerium des Innern noch im Reichsarchiv ein Originalmanuskript zu dem angeblichen Aufruf der Volksbeauftragten vorhanden ist.“

Ferner erlaube ich mir noch folgendes zu bemerken: Unmöglich kann dieser Aufruf im damaligen Reichsamt des Innern oder einer anderen Zentralbehörde des Reichs auf Betanlassung des die Regierung führenden Rats der Volksbeauftragten (Ebert, Haase, Schiebmant, Landsberg, Dittmann, Barth) entstanden sein. Diesen Rat der Volksbeauftragten gab es am 9. November noch nicht. Der erste von ihm bekannt gewordene Aufruf datiert vom 12. November 1918 und hat ganz anderen Inhalt (vgl. Reichsgesetzbl. S. 1303).

Die Aufrufe, welche am 9. November 1918 in den beim Reichsarchiv gesammelten Zeitungen aus jener Zeit abgedruckt sind, stammen von Prinz Max von Baden (Thronverzicht), Ebert (Uebernahme der Reichsamtsgeschäfte und Antritt der neuen Regierung), von der Sozialdemokratischen Partei (Erfüllung ihrer Forderungen), vom Arbeiter- und Soldatenrat (Generalaufstand). Schließlich gibt es noch einen von Ebert, Scheidemann und Landsberg unterzeichneten Aufruf: „Volksgenossen!“

Die Form des Aufrufs und die Anrede „An Alle“ läßt vermuten, daß er den Aufrufen, welche die bolschewistischen Machthaber nach der siegreichen zweiten russischen Revolution im November 1917 erlassen haben, nachgeahmt ist. Er stellt eine ungewöhnlich plumpe Fälschung dar. (vgl. Dr. Birih.)

Weder im Reichsinnenministerium noch im Reichsarchiv ist etwas von dem gefälschten Aufruf bekannt, und er wird vom Reichsinnenminister Dr. Birih als eine „unüblich plump“ Fälschung“ gebrandmarkt. Ueberall, wo er künftig wieder auftauchen sollte, können unsere Genossen ihn jetzt als amtlich entlarvten Schwindel kennzeichnen.

Opfer der Komintern-Parolen.

Vier Tote, mehrere Schwerverletzte in Leipzig.

Leipzig, 25. Februar.

Im Laufe des Mittwochs verließen kommunistische Parteiangehörige an mehreren Stellen der Stadt Handzettel, in denen ein Aktionskomitee zum Widerstand gegen das Demonstrationsverbot aufforderte. Am Nachmittag hatten in zwei verschiedenen Lokalen Versammlungen stattgefunden, die reibungslos verlaufen waren. In einer dieser Versammlungen hatte Reichstagsabgeordneter Kädel gesprochen.

Nach Versammlungsschluß bildeten sich wiederholt Zusammenrottungen und schließlich ein Demonstrationenzug, der etwa 2000 Personen zählte. Als sich dem Zug ein Polizeikommando entgegenstellte, wurde dieses mit Steinen beworfen und beschossen. Hierbei wurden sechs Polizeibeamte durch Steinwürfe mehr oder weniger schwer verletzt, während ein Beamter einen Streifschuss am Schenkel erhielt und bei einem anderen Beamten das Gesicht am Koppelschloß abprallte.

Nunmehr machten die Beamten von der Schußwaffe Gebrauch. Hierbei wurde einer der Angreifer getötet. Acht weitere wurden, vorwiegend schwer, verletzt. Drei dieser Schwerverletzten sind nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus gestorben. Mehrere Verletzte befinden sich in Lebensgefahr.

Unter den Schwerverletzten befindet sich auch ein zwölfjähriger Knabe, der einen Steckschuh in die Schläfe erhielt, als er, in einer Haustür stehend, bei den Zusammenstößen zulaß.

Der sogenannte „Welterwerbslosentag“, zu dem die kommunistische Internationale aufgerufen hatte, hat mit einem allgemeinen Fiasko geendet. Die Millionenmassen der Erwerbslosen in der ganzen Welt sind den kommunistischen Parolen nicht gefolgt — nicht einmal die organisierten Mitglieder der kommunistischen Parteien.

In Europa und Amerika ist es zu ernsthaften Zwischenfällen nirgends gekommen — mit Ausnahme von Leipzig. Daß dieser Zusammenstoß, soweit sich bisher überblicken läßt, der einzige geblieben ist, der Todesopfer gefordert hat, ist gewiß nicht das Verdienst der Kommunisten, sondern der Arbeiterschaft, die von ihren Provokationsversuchen nichts wissen will.

Ein Schwächer.

Mag Holz prophezeit in Sowjetrußland die Räterediktatur in Deutschland.

Kowno, 25. Februar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der deutsche Kommunist Mag Holz in Sverdlowitz eingetroffen und hat in einer Rede angedeutet, daß er nach Berlin zurückreife. Mag Holz betonte, daß das deutsche Proletariat in diesem Augenblick im Zeichen des Klassenkampfes stehe und daß er als deutscher Kommunist jetzt in Deutschland kein müsse. Mag Holz versprach den russischen Arbeitern, daß es dem deutschen Proletariat unter der Führung der KPd. gelingen werde, die Sowjeddiktatur in Deutschland aufzurichten.

Jahrgang 1907.

Der ganz richtige Frontsoldat vom Hakenkreuz.

Stuttgart, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Der nationalsozialistische Führer Jakob Mayer in Heilbronn hatte den sozialdemokratischen Redaktoren des „Kedat-Echo“, Reichstagsabgeordneten Ulrich und Stadtrat Lukas Müller, den Vorwurf gemacht, Landesserrat begangen zu haben, und war trotz schwerer Beleidigung vom Amtsgericht Heilbronn freigesprochen worden. Auf die von den Klägern eingelegte Berufung hat die Strafkammer dieses Urteil aufgehoben und den Angeklagten zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Begründung heißt es bezeichnenderweise, daß man von einer Gefängnisstrafe trotz der schweren Beleidigung abgesehen habe, weil

der Angeklagte Mayer ein junger Mensch und ohne Zweifel eine politisch unreife Persönlichkeit sei. Er hatte bei Kriegsausbruch das Alter von sieben Jahren, ist also der rechte Mann, anderen Drückerbergei und Landesserrat während des Krieges vorzumurfen und jetzt als Repräsentant des Frontsoldatentums aufzutreten.

Franzens Ausreden.

Er gibt zu, den pflichttreuen Beamten am Dienst verhindert zu haben.

Braunschweig, 25. Februar.

Ueber die Hitler-Wirtschaft in Braunschweig wird aus dem braunschweigischen Staatsministerium, also im Auftrage des wegen seiner „Wahrheitsliebe“ vom Oberlandesgericht angeprangerten Naziministers Franzen, folgende Darstellung gegeben:

„In der Nacht zum Sonntag gegen 12 Uhr nahm der Polizeiminister Franzen Veranlassung, sich bei den Führern des am Börsenhof eingeseßten Polizeikommandos nach der Lage zu erkundigen, ferner darüber, wo die Souleitung der NSDAP. untergebracht und wo Herr Hitler abgestiegen war. Beide Offiziere wiesen darauf hin, daß alles ruhig sei. Sie fragten den Minister, ob er gestatte, daß sie mit ihren Leuten zur Unterkunft abrückten, der Straßendienst könne durch einige Streifen versehen werden. Dr. Franzen erteilte seine Zustimmung und begab sich mit zur Unterkunft. Nach seiner Rückkehr wurde dem Minister am Börsenhof mitgeteilt, daß ein Polizeibeamter in der Zwischenzeit ohne triftigen Grund blank gezogen hätte. Am Sonntagvormittag hat der Minister zur Vermeidung weiterer Komplikationen veranlaßt, daß der betreffende Polizeioberwachmeister an diesem Tage nicht zum Straßendienst herangezogen würde. Die Ermittlungen über den Vorfall sind noch nicht abgeschlossen.“

Mit wenigen Worten: Die Erklärung Franzens bestätigt unsere Darstellung vollkommen. Franzen gibt zu, daß er veranlaßt habe, den betreffenden Polizeioberwachmeister nicht weiter zum Dienst heranzuziehen. Er versucht sich zum Schluß damit herauszureden, daß die Ermittlungen über den Vorfall noch nicht abgeschlossen“ seien. Er kann sich trösten: Auch die Ermittlungen über ihn sind noch nicht abgeschlossen!

Eine schwere Hafentrennschlappe.

Gewaltiger Stimmenverlust der Hitlerpartei.

Rußigsberg, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Am Sonntag fanden in Treuburg die Neuwahlen für das infolge Ungültigkeitserklärung der vorigen Wahl aufgelöste Stadtparlament statt. Es erzielten:

SPD.	568 Stimmen	4 Mandate
NSDAP.	379	2
NSDAP.	667	4
KPD.	360	2
Wirtschaftspartei	189	1
Bürgerblock	160	1
Handwerker	113	0
Beamte und Angestellte	458	3

2984 Stimmen 17 Mandate

Bei den Reichstagswahlen erhielt die SPD. nur 503 Stimmen, konnte also ihre Stimmenzahl erheblich steigern. Katastrophal ist der Rückgang der Nazis, die bei der letzten Reichstagswahl 1011 Stimmen erhielten. Hinzuzurechnen sind ihnen auch noch so ziemlich die 824 deutschnationalen Stimmen, deren Liste ungültig erklärt wurde. Also ein kolossaler Rückgang der Nationalsozialisten!

Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm mit großer Mehrheit einen verfassungsändernden Antrag an, der das Einberufungsdatum des Bundeskongresses und die Amtübernahme des neugewählten Bundespräsidenten gleichzeitig auf den 4. Januar festsetzt, statt auf den 4. März. Die Haltung des Bundes senats ist noch unbestimmt. Es handelt sich um einen Vorstoß gegen die Bestimmung, die zwischen Wahltag und dem ordentlichen Zusammentritt der neuen Volksvertretung mehr als ein Jahr verstreichen läßt.

Gewissenlose Schwänzer.

Die Kriegsbeschädigten sollten warten.

In der Sitzung des Kriegsbeschädigtenauschusses vom 25. Februar wurde eine große Anzahl von Petitionen von Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen erledigt. Am Schluß der Sitzung teilte der Vorsitzende Abg. Mumm (Chr.-Soz. V.) mit, daß er sich genötigt sehe, für Petitionen, die er Mitgliedern der deutsch-nationalen Fraktion und der Fraktion der Nationalsozialisten zur Behandlung zugeschrieben hatte, Korrespondenten aus anderen Fraktionen zu bestellen, damit die Behandlung der Wünsche der Gesuchsteller nicht Rot leide.

Abg. Rohmann (Soz.) dankte dem Vorsitzenden für die im Interesse der Gesuchsteller in Aussicht genommene Maßregel, bat jedoch, sie dahin auszudehnen, daß alle noch im Besitz von Mitgliedern der deutsch-nationalen Fraktion und der nationalsozialistischen Fraktion befindlichen Eingaben von Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zurückgefordert und Mitgliedern anderer Fraktionen zur Bearbeitung übergeben würden, denn es sei nicht anständig, daß Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, die ihre letzte Hoffnung auf den Reichstag setzten, unter den politischen Wandern dieser Fraktionen leiden müßten. Er bitte außerdem um Feststellung, um wieviel Eingaben es sich handele, damit man die Mehrarbeit beurteilen könne, die anderen Fraktionen dadurch entstehe, daß sich eine große Zahl von Mitgliedern des Reichstages ihren gesetzlichen und verfassungsmäßigen Pflichten entziehe. Seine Freunde lehten es ab, sich für die Uebernahme dieser Mehrarbeit in der Deffentlichkeit auch noch als Diätenkassierer für parlamentarische Faulenzerei beschimpfen zu lassen.

Der Vorsitzende sagte die Erfüllung dieses Wunsches zu.

Novelle zum Lichtspielgesetz.

Der Remarque-Film soll in geschlossenen Vorführungen ermächtigt werden.

In einem Teil der Presse, so im „Dortmunder General-Anzeiger“, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stark angegriffen, weil sie im Haushaltsausschuß des Reichstages gegen den kommunistischen Antrag gestimmt hat, der von dem Reichsminister des Innern die sofortige Aufhebung des Verbots des Remarque-Films fordert. Die Sozialdemokratie hat diesen Antrag abgelehnt, weil er sinnlos ist. Das Verbot des Remarque-Films beruht auf dem Urteil der Film-Oberprüfstelle, das von einem Minister so wenig aufgehoben werden kann wie ein anderes Gerichtsurteil. Der kommunistische Antrag ist also lediglich auf Irreführung Unwissender berechnet. Die sozialdemokratische Politik ist auf die Veränderung des Lichtspielgesetzes in einer Form gerichtet, die ermöglicht, daß der Remarque-Film wenigstens für Vorstellungen in geschlossenen Kreise erlaubt wird.

Der Fall Reichsgerichtsrat Müller.

Antwort des Staatssekretärs Joel an den preussischen Justizminister.

Unten wird mitgeteilt: Auf das auch in der Presse veröffentlichte Schreiben des preussischen Justizministers an den Reichsminister der Justiz wegen des bekannten Briefes des Reichsgerichtsrats Dr. Georg Müller hat der Reichsjustizminister mit folgendem Schreiben geantwortet:

„In der Vollversammlung des Reichstages vom 14. d. M. habe ich mit Bezug auf den im „Völkischen Beobachter“ vom demselben Tage abgedruckten Brief des Reichsgerichtsrats Dr. Müller über das Buch „Gefesselte Justiz“ nach dem stenographischen Bericht (Seite 1044) folgendes ausgesprochen: „Es ist meine Ansicht, daß eine möglichste Zurückhaltung der höchsten Richter des Reiches im politischen Tagesstreit durchaus zweckmäßig ist. Wer an der höchsten Stelle der Justiz wirkt, soll sich bewußt sein, daß ihm damit auch Pflichten nach außen auferlegt sind, die von ihm eine solche Zurückhaltung fordern.“

Unabhängig von dieser Erklärung und ohne deren Kenntnis hat bereits am 15. Februar 1931 der Vorsitzende des Richtervereins beim Reichsgericht, der von dem Brief durch die Veröffentlichung im „Völkischen Beobachter“ Kenntnis erhalten hatte, ein Schreiben an mich gerichtet, in dem er ausführt:

„Im „Völkischen Beobachter“ vom 14. d. M. ist ein Brief des Reichsgerichtsrats Dr. Müller veröffentlicht, in dem er zu dem Buche „Gefesselte Justiz“ Stellung nimmt. Demgegenüber habe ich als Vorsitzender des Richtervereins beim Reichsgericht mich verpflichtet zu erklären: Die Mitglieder des Reichsgerichts, wie sie im Richterverein des Reichsgerichts vereinigt sind, haben stets den Standpunkt vertreten, daß nicht nur aus der Rechtspredigt jede parteipolitische Stellungnahme selbstverständlich fern bleiben muß, sondern daß auch die einzelnen Mitglieder des höchsten Gerichtshofes in ihren öffentlichen, wenn auch privaten Äußerungen sich diejenige Zurückhaltung und Vorsicht auferlegen müssen, die ihr hohes Amt und das Vertrauen der Bevölkerung erheischen. Von diesem Gesichtspunkt aus kann ich die obengenannte Veröffentlichung nur bedauern.“

Diese Stellungnahme, die sich mit der von mir im Reichstag eingenommenen deutl. hat der Vorstand des Richtervereins beim Reichsgericht in seiner Sitzung vom 17. d. M. gebilligt; sie ist dem Reichsgerichtsrat Dr. Müller von dem Vorsitzenden des Richtervereins zur Kenntnis gebracht worden. Hierdurch betrachte ich die Angelegenheit für die Reichsjustizverwaltung als erledigt. Weitere Maßnahmen kommen nach den Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht in Betracht. Da das Schreiben vom 21. d. M. in der Presse veröffentlicht worden ist, werde ich dieses Schreiben gleichfalls der Presse bekanntgeben.“

Gefehentwürfe an den Reichstag.

Waffenmißbrauch und Genfer Abkommen.

Der vom Reichsrat bereits genehmigte Gefehentwurf gegen Waffenmißbrauch ist jetzt auch dem Reichstag zugegangen. Er erhebt die in der Rotorordnung des Reichspräsidenten vom Juli v. J. enthaltenen Bestimmungen, die den unberechtigten Besitz von Hand- und Stoßwaffen und das bewaffnete öffentliche Auftreten mit Strafe, und zwar im allgemeinen mit Gefängnis bedrohen und die nur bis Ende März d. J. Geltung haben sollten, zum Gesetz.

Der Reichswirtschafts- und der Reichsfinanzminister haben dem Reichstag jetzt den Gefehentwurf zugeleitet, der die Justiz-

Schwerindustrie.



„Bei entsprechender Arbeitsstreckung ließe sich die jetzige Belegschaft durchhalten.“
„Dann entlassen wir! Durch die 40-Stunden-Woche wird die Arbeiterschaft nur verweicht.“

Hafenkreuzdebatte in Stuttgart.

Der württembergische Staatspräsident gegen die Nationalsozialisten.

Stuttgart, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Im Württembergischen Landtag begründete Abg. Steinmayer am Mittwoch die sozialdemokratische Anfrage wegen des brutalen Ueberfalls von Reichsbannerleitern durch Hafenkreuzler in Stuttgart.

Staatspräsident Polz erwiderte hierauf, nachdem er vorher noch auf andere politische Fragen eingegangen war, die in der Debatte eine Rolle gespielt hatten, daß die Regierung die Entwicklung der einzelnen Bewegungen beobachte, über ihre Stärke im Bilde sei und für jeden Fall gerüstet bestehe. Wenn sie bisher eine gewisse Freiheit der Betätigung zugelassen habe, so geschah es aus dem Gefühl der Kraft, die Dinge meistern zu können. Infolge des Vorkommens von Ausschreitungen mit Waffen werden die Besucher von Versammlungen dort bei begründetem Vorliegen auf Waffen durchsucht. In einem Falle bestche der Verdacht, daß die Waffen nach der Durchsuchung auf Schleichwegen in die Versammlung gebracht worden seien. Er beabsichtige jetzt mit einem Verbot von Versammlungen und Unzügen unter freiem Himmel vorzugehen, da es so nicht weitergehen könne. Der Anmarsch geschlossener Formationen gefährde vielsach den friedlichen Verlauf der Versammlungen. Bis her habe er Organisationen rechts und links gebudet. Er behalte sich aber vor, nachzuprüfen,

ob ihr Bestand und ihre Tätigkeit nicht den Befehlen zuwiderlaufen. Ein Verbot der Organisationen und des Uniformtragens überhaupt müßte, wenn es wirksam sein sollte, einheitlich für das ganze Reich getroffen werden.

Im Stuttgarter Fall möchte er sich zur Zeit auf die Schuldfrage nicht einlassen, da ihm noch kein eingehender Bericht vorliege. Den Vorwurf, daß republikanisch gesinnten Beamten Schwierigkeiten bereitet würden, weise er zurück. Beamte, die sich extrem radikal betätigen wollten, würden rücksichtslos aus der Polizei hinausgeworfen. Er habe die Gewißheit, daß seinen Befehlen jederzeit Folge geleistet werden würde.

Zum Schluß wandte sich der Staatspräsident gegen die Nationalsozialisten selbst. Die Frage, ob der im Lande agitierende tschechoslowakische Staatsangehörige Magnus Werner nicht wegen Mißbrauchs des Gastrechts auszuweisen sei, werde von der Polizei geprüft werden. Er habe das Vertrauen, daß die Bevölkerung eines Landes nach den nationalsozialistischen Sprechern gar nicht mehr hinhören würde, da die Nationalsozialisten nur alle anderen schlechtmachen und herunterreißen, aber gar nicht sagen können, was sie selbst eigentlich wollen. Von einer solchen Bewegung werde sich das deutsche und ganz besonders das schwäbische Volk wieder abwenden.

mung zum Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930 ausspricht. Nach der dem Abkommen beigegebenen Begründung kommt von den Verpflichtungen, die Deutschland zu übernehmen hat, die größte Tragweite dem Verzicht auf die Kündigung der mit den anderen Teilnehmerstaaten abgeschlossenen Handelsverträge zu. Nicht ausgeschlossen ist die Aenderung bestehender vertraglicher Abreden im Wege der Vereinbarung, allerdings vorbehaltlich des Kündigungsrechtes betroffener dritter Staaten. Die weitere Verpflichtung, Zollerhöhungen den Teilnehmerstaaten vor ihrer Inkraftsetzung anzuzeigen und sich auf Verhandlungen über eine gütliche Verständigung einzulassen, kann, wie in der Begründung hervorgehoben wird, zu Unzuträglichkeiten kaum Anlaß geben, da jeder Staat in von ihm als dringend angesehenen Fällen berechtigt ist, von einer Voranzeige abzusehen mit der Folge, daß auch die Verhandlungspflicht entfällt. Das im Falle von Zollerhöhungen den betreffenden Staaten zustehende Kündigungsrecht ist daher die einzige unbedingt eintretende Folge von Zollerhöhungen.

Henderson in Rom.

Zischistenpresse stillgestanden kommandiert.

Rom, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Der englische Außenminister Henderson und der erste Lord der Admiralsität, Alexander, sind in Begleitung der Sachverständigen Craigie am Mittwochabend, 19.45 Uhr, von Paris kommend, in Rom eingetroffen. Sie wurden von Außenminister Grandi neben dem englischen Botschafter am Bahnhof empfangen und trafen die ersten Verabredungen für die wichtigen Verhandlungen, die für Donnerstagvormittag im Auswärtigen Amt angelegt wurden.

Die italienische Presse beschränkt sich im wesentlichen auf die spaltenlangen Kommentare der Pariser und Londoner Presse und ist selbst sehr zurückhaltend mit der Begründung, daß man den Tatsachen nicht vorgreifen dürfe. Im übrigen herrscht gegenüber den Londoner Gästen die Erwartung heftigster Herzlichkeit vor.

Keine englischen Konzessionen an Frankreich.

London, 25. Februar. (Eigenbericht.)

In ausländischen Kreisen ist die Meinung ausgetauscht, die französisch-englische Einigung sei von England nur durch militärische Konzessionen erreicht worden, die für die kommenden Genfer Abrüstungsverhandlungen von großer Bedeutung wären. Demgegenüber erfahren wir aus bester und zuverlässiger Quelle, daß diese

Vermutungen den Tatsachen vollkommen widersprechen. Die Arbeiterregierung denkt nicht daran, ein Flottenabkommen mit Frankreich und Italien durch militärische Konzessionen zu erkaufen. Vor und während der Pariser Verhandlungen sei der Vertrag der Land- und Luftstreitkräfte nicht mit einem einzigen Worte erwähnt worden.

Gegen den polnischen Handelsvertrag.

Schwere Angriffe im Sejm wegen der deutschen Agrarzölle.

Warschau, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Im Sejm begann am Mittwoch die Ausschuhberatung über den deutsch-polnischen Handelsvertrag. Unerwarteterweise übte der Referent, ein Regierungsabgeordneter, scharfe Kritik an dem Vertrag, der seiner Meinung nach unter den gegenwärtigen Umständen nicht die Vorteile der polnischen Wirtschaft bietet, die bei der Unterzeichnung zu erwarten waren. Zweifelloß steht die Haltung des Referenten, wie auch von östlicher Seite mitgereicht wird, mit den angeländigten neuen Schiele-Zölle in Zusammenhang. Der Referent stellte aber nicht den Antrag auf Ablehnung der Regierungsvorlage, sondern behielt sich einen neuen Antrag auf Hinausschiebung des Ratifizierungstermins nach Einbringung beider Erklärungen durch die Regierung vor.

Der Leiter der polnischen Handelsvertragsdelegation, Minister Twardowski, der den Handelsvertrag mit dem verstorbenen Gesandten Rauscher paraphrasiert hatte, verteidigte sein Werk, das keine Zollbindungen enthalte und nur auf kurze Frist bemessen sei und daher der gegenwärtigen Wirtschaftslage am besten gerecht werde.

Ein Regierungsvertreter hielt darauf den Regierungsantrag noch formell aufrecht. Zwei nationaldemokratische Rechner wandten sich gegen den Handelsvertrag, wobei sie besonders auf die angeblichen Gefahren der Niederlassungsklausel hinwiesen, die eine starke Rückwanderung von Deutschen in die ehemals preussischen Teilgebiete ermöglichen. Auch die Vorteile des Handelsvertrages für Polen wurden von ihnen sehr stark angezweifelt. Ihnen schloß sich auch der Vertreter der oppositionellen polnischen Bauernfraktion an, die die Vorteile des Vertrages für die polnische Landwirtschaft für so gering hält, daß sie dagegenzustimmen beabsichtigt.

Unter diesen Umständen ist es zweifelhaft, ob es der Regierung gelingen wird, ihre Vorlage noch im Laufe der kommenden Woche durchzubringen. Voraussichtlich dürfte man hier die weitere Entwicklung der Schiele-Pläne abwarten, die die polnische nationalstaatliche Presse schon jetzt zu einem neuen Feldzug gegen den Handelsvertrag ausbeutet.

Maulaufreißer unerwünscht.

Die von der schwedischen Nationalsozialistischen Partei geplanten Massentugenden in Stockholm unter Teilnahme von Hitler und Dr. Goebbels dürften nicht stattfinden. Der Polizeipräsident von Stockholm hat nämlich als Antwort auf ein Schreiben des Reichsparteiführers der Nationalsozialisten mitgeteilt, daß die Partei nicht mit einer Genehmigung eines Erlasens über die Teilnahme der oben genannten Ausländer rechnen kann.

Städtische Oper.

„Galathea“ — „Lord Spleen“

Zwei neue Werke, sehr ungleich an künstlerischem Gehalt. Erst das Wertvollere: „Galathea“ von Walter Braunfels. Dann „Lord Spleen“ von Carl Lothar, publikumsgeflügelt, doch ohne tiefere Bedeutung. Großer Abend für Maria Jooquin und den Dirigenten Fritz Steiner. Zum Schluß viel Beifall, verstärkt durch Claque, die mit unversämter Sudringlichkeit arbeitet. R. B.

Der Tod hielt auf den Schienen.

Sieben Jahre Zuchthaus für den Schwedenzug-Attentäter.

Prenzlau, 25. Februar.

Das Prenzlauer Schwurgericht verurteilte abends um 11 Uhr in dem Eisenbahnattentatsprozeß gegen den Arbeiter Ernst Ladeberg aus Berlin folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen vorsätzlicher Transportgefährdung in Tateinheit mit versuchtem Mord zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Zwei Monate und drei Wochen der Strafe gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden dem Angeklagten auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Sehr belastend für den Angeklagten gestaltete sich die Vernehmung des Schlossers Dietrich aus Prenzlau, bei dessen Aussage der Angeklagte schlichtlich verurteilt wurde und dem Zeugen ins Wort zu fallen versuchte, ohne die Ausführungen widerlegen zu können. Der Zeuge Dietrich erklärte: „Ich habe in Berlin zu tun gehabt und fuhr mit dem Personenzug, der von Berlin über Coerswalde nach Prenzlau geht. In Coerswalde stiegen die übrigen Mitreisenden aus und Ladeberg blieb mit mir allein. Wir unterhielten uns weiter und ich sprach die Befürchtung aus, daß der Winter uns noch allerlei Schlimmes bringen würde, und daß es wahrscheinlich auch Hitler nicht gelingen dürfte, die Zustände zu ändern. Darauf jagte der Angeklagte zu mir folgendes:

„Hitler ist auch nur so ein „doofer“ Bonze, der nichts machen kann. Ich bin dagegen in einer Organisation, von der Ihr sehr bald noch mehr hören werdet. Wie haben es uns zur Aufgabe gemacht, das Kapital und die Kapitalisten aller Länder zu erledigen.“

Wir haben in Berlin während des Metallarbeiterstreikes die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ geschaffen, der ich angehöre.“ Der Zeuge unterließ sich dann mit dem Angeklagten Ladeberg weiter und in Seehausen habe sich dieser von ihm verabschiedet. Auf die Frage des Dietrich, was er denn in Seehausen verloren habe, hätte der Angeklagte geantwortet, ihm sein Paket mit Werkzeugen gezeigt und geantwortet: „Ich habe hier eine Kleinigkeit zu erledigen.“ Vorstehender: „Haben Sie denn den Angeklagten gefragt, mit welchen Mitteln seine Organisation arbeite?“ Zeuge: „Er hat mir sehr lange Ausführungen gemacht u. a. auch gesagt, daß die Bewegungen in Indien und in Ägypten nur die Vorbilder größerer Bewegungen der Partei seien, der er angehöre.“ Angeklagter (Sehr nervös): „Herr Vorstehender, das kann ich unmöglich alles gesagt haben, wenigstens besinne ich mich darauf nicht. Ich gehöre auch der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ nicht an.“ Vorstehender: „Nennen Sie denn überhaupt die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition?“ Angeklagter: „Das wohl. Während des Metallarbeiterstreikes bin ich ja wiederholt in Versammlungen gewesen, in denen zur Bildung der RGO aufgerufen und auch näheres darüber besprochen worden ist. Ich bin aber nicht Mitglied der RGO geworden. Ich kann mich überhaupt an nichts mehr erinnern.“

Was dem Schwedenzug passierte.

Hierauf wurde der Oberlokomotivführer Höhne vernommen, der seit 20 Jahren den Schwedenzug Berlin—Sohnitz fährt. Er erzählte, daß er am dem Abend des Attentates, als er die große Kurve von Seeluppe in 95-Kilometer-Tempo passierte, plötzlich an

der rechten Seite der Lokomotive ein scharfes Rucken und Knirschen gemerkt und gefühlt habe, daß die Lokomotive sich in die Höhe hob. Er habe in der ersten Sekunde geglaubt, daß er über einen großen Stein gefahren sei, oder über ein Eisenstück, das vielleicht von einem Güterwagen herabgefallen sein konnte. In Posenitz habe er aber doch, weil ihm Bedenken ausgefliegen seien, seine Lokomotive untersucht, und da habe er gefunden, daß der linke Schienenräumer, ein starker Eisenträger, vollkommen abgerissen, der rechte schwer beschädigt und im Winkel von 30 Grad verbogen gewesen sei. Daraufhin habe er Meldung gemacht, daß das Gleis in der großen Kurve von Seeluppe offenbar böswillig gesperrt worden sei. Wie groß der Widerstand gewesen sei, den die Lokomotive zu überwinden hatte, als sie über das Hindernis fuhr, gehe daraus hervor, daß setundenlang ein wahrer Regen von Funken an der rechten Schiene aufsprüht sei. Der Abend, an dem das Attentat sich ereignete, sei außerordentlich finster und regnerisch gewesen, so daß also für den Lokomotivführer die Sicht sehr schlecht war, was dem Attentäter natürlich zugute gekommen sei. Oberstaatsanwalt Harde: „Herr Zeuge, was wäre passiert, wenn die Absicht des Angeklagten sich verwirklicht hätte und die Lokomotive entgleist wäre?“ Zeuge: „Wäre die Lokomotive aus den Schienen gesprungen, so wären alle anderen acht Wagen ihr gefolgt. Der ganze Zug hätte einen furchtbaren Sprung in die Luft hinaus getan und wäre dann 16 Meiler tief hinabgestürzt. Es kann sich wohl jeder vorstellen, daß dabei auch nicht ein Stück Holz im Wagen, auch nicht eine Schiene, heil geblieben wäre, und die Welt hätte einer der schwersten Eisenbahnkatastrophen erlebt, die bisher dagewesen wäre.“ (Große Bewegung im ganzen Saal.)

Es kamen dann eine Reihe von Zeugnissen zu Wort, die den Angeklagten als einen ruhigen und friedfertigen Menschen, als hilfsbereit und als guten Mann und Vater schilderten, von dem sie sich nicht erklären konnten, wie er eine derartige Tat habe vollbringen können.

Zu einem Zwischenfall

Kam es dagegen bei der Vernehmung einer Jugendfreundin des Angeklagten, einem Fräulein Elisabeth B., die Ladeberg schon aus der Zeit kannte, als er auf Siedershof bei Seehausen gearbeitet hatte. Die Zeugin wohnt mit ihren Eltern jetzt in Berlin und verkehrte viel mit Familie Ladeberg. Die Zeugin hielt mit ihrer Aussage so auffällig zurück, daß schließlich Kriminalkommissar Herzer den Vorsitzenden darauf hinwies, daß Fräulein Bauer sehr unter dem Einfluß des Angeklagten stehe und besser in seiner Abwesenheit vernommen werden sollte. Das Gericht ließ Ladeberg aus dem Saal führen und richtete eine Anzahl heikler Fragen an die Zeugin, die sehr zögernd und zum größten Teil ausweichend antwortete. Oberstaatsanwalt: „Sie haben vor der Polizei den Angeklagten belastet und gesagt, daß er fast jeden Abend in politische Versammlungen gegangen sei und sich auch sonst sehr radikal geäußert habe.“ Zeugin: „Da er jeden Abend in einer politischen Versammlung war, weiß ich nicht, aber er war sehr oft deswegen unterwegs.“ Weiter erklärte die Zeugin, daß der Angeklagte mit ihrem Vater und ihrem Bruder sich politisch unterhalten und dabei politische Ansichten geäußert hätte, die sie allerdings nicht verstanden habe. Trotz mehrfacher Vorhalte war aus der Zeugin nichts mehr herauszubringen, obwohl der Vorsitzende wiederholt darauf hinwies, daß sie in der Voruntersuchung viel präzisere Angaben gemacht habe. Als dann die Zeugin schließlich verurteilt wurde, geriet sie in eine derartige Erregung, daß sie der Formel des Eides nur ganz

langsam und unter Schwierigkeiten nachzusprechen vermochte. Dann wurde noch die

Ehefrau des Angeklagten,

Frau Elisabeth Ladeberg, vernommen, die über ihren Mann anzulagen wünschte. Ohne es zu wissen, belästete sie ihn sehr schwer durch ihre Darstellung, daß der Angeklagte weder jemals die Absicht geäußert hätte, sich das Leben zu nehmen, noch daß sie in ernstlicher wirtschaftlicher Not gewesen seien. Ihr Mann habe auch nicht, wie er es behauptet hatte, infolge seines Lebens zeitweise unter Bemühtlosigkeit gelitten. Zu ihr und ihrem Kinde sei der Angeklagte immer sehr gut gewesen. Sie habe mit ihrem Mann nur einmal eine politische Versammlung besucht, sie wisse aber nicht, um welche Partei es sich gehandelt habe.

Kommunistische „Erwerbslosenhilfe“.

Endergebnis: ein paar Krawalle.

Der kommunistische „Bekämpfungstag gegen Erwerbslosigkeit“ hat im Verlauf des gestrigen Tages zu wiederholten Zusammenrottungen geführt, die von der Polizei ziemlich mühelos zerstreut werden konnten.

Insgeheim sind im Laufe des gestrigen Tages 100 Personen festgenommen und der politischen Polizei des Polizeipräsidiums zugeführt worden. In einem Falle wurde in der Weddingstraße ein kommunistisches Verkehrslokal ausgehoben, von wo aus die Kolonnen offenbar ihre Direktiven erhielten, und allein 51 Personen zwangsgewaltig. In mehreren Fällen wurden Durchsuchungen nach Waffen vorgenommen, die aber ergebnislos verliefen.

In den Nachmittags- und Abendstunden kam es noch in der Turm-, Leipziger- und Reinickendorfer Straße mehrfach zu Ansammlungen, die von der Polizei mühelos zerstreut werden konnten. Drei Fälle sind auch bekannt geworden, in denen junge Burchen in Lebensmittelgeschäfte eindringen und unter Mitnahme von Würsten, Fleischwaren usw. flüchteten. Einige dieser „Ränderer“ wurden festgenommen.

Wie uns weiter von einem Augenzeugen mitgeteilt wird, der die Vorgänge in und vor dem Arbeitsamt in der Garmanstraße beobachtete, wurden aus dem Fenster des dritten Stockwerkes Stühle und eine drei Meter lange Holzbank (!) auf die Polizeibeamten hinabgeworfen. Der Augenzeuge bemerkt noch, daß die Polizeibeamten nur durch die Wutbewegung gerettet worden ist, bevor die Schreihölzer abgeworfen wurden.

Eine Fahrt durch die Stadt ergab, daß das Gesamtbild Berlins ziemlich ruhig war und daß es sich bei den Krawallen nur um vereinzelte, plötzlich organisierte Unternehmungen handelte, so daß nach dem Eingreifen der Polizei bald die Ruhe wieder hergestellt war.

Der Polizeipräsident teilt mit:

Der angekündigte internationale Erwerbslosentag ist in Berlin trotz der mit großem Aufwand schon wochenlang betriebenen Propaganda im Gegensatz zu einigen Pressemitteilungen ohne nennenswerte Vorkommnisse verlaufen. Fast gänzlich ruhig verliefen die Vormittagsstunden. In den Nachmittags- und Abendstunden kam es vereinzelt, und zwar meist an oder in Nähe der Erwerbslosenzustellen zu kleineren Ansammlungen. Zumeist genügt bereits das sofortige Erscheinen der Polizei zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Die Anwendung des Polizeinippels war in mehreren Fällen erforderlich. Vereinzelt, und zwar in 14 Fällen gelang es Erwerbslosen, sich unter dem Schutz von Käufern in den Besitz geringer Mengen leicht greifbarer Lebensmittel zu setzen. Die Täter konnten in den meisten Fällen sofort gefasst werden. Versuche der Demonstranten, Kundgebungen im Westen von



Heberhaupt der Landwirtschaftliche Ratgeber! Veneten, den Rüben in Ehren: aber was du da mit dem Ratgeber gemacht hast, das ist doch das größere Geschenk! Bisher, nicht wahr, meine Herren, bisher hat man immer endlos blättern müssen, wenn man was suchte, bis mans endlich fand, es sind doch fünfundsiebenzig Jahrgänge, nicht wahr, Sie verstehen, meine Herren? Hat sich da das Veneten, meine Herren — also hat sich das Veneten nicht hingeseht und ein Register angefertigt? Sie verstehen, ein Register, ein Inhaltsverzeichnis? Sehen Sie, Wenn ich jetzt zum Beispiel was wissen will über, na, sagen wir mal, Erdbeeren, sehe ich also in Venetens Register nach, lese: Erdbeeren, 5. Jahrgang Nr. 15, 12. Jahrgang Nr. 27, 17. Jahrgang Nr. 3. So. Na also mal den fünften Jahrgang, oha, da haben wir's: „Das Zubeden der Erdbeeren im Winter ist wegen der Gefahr der Schädigung durch Frost sehr zu empfehlen.“ Na, und so weiter. Natürlich, selbstverständlich, allemal, ich pflege das immer zu tun! Und nun mal den zwölften Jahrgang — oha, hier: „Erdbeeren im Winter niemals zubeden!“ Rannu? Verstehen Sie nicht! Warten Sie mal: Pflanzen ertragen stärksten Frost — unter der Decke nur Ungeziefer — hm hm, nicht falsch. Na, und nun mal den siebzehnten Jahrgang: „Ratschläge für den Winter. Zubeden der Erdbeeren nicht vergessen!“ — Na ja, hab ich ihnen ja gleich gesagt, wir machen das immer so... also herrlich, son Register, was? Den Ratgeber und das Register in der Hand — da wird aus jedem ein tüchtiger Landwirt!

Mal bißchen aufs Feld gehen, meine Herren, nicht wahr? Also das ist die Spargelplantage. Wie, alle ausgerissen, die Pflanzen? Gott ja, Kleinigkeit, kommt manchmal vor. Werden morgen wieder eingepflanzt, paar Stunden Arbeit, hat nichts auf sich. Veneten, wo ist denn der Rübe, muß morgen 'ne Hütte für ihn zimmern... wo, das mit den Pflanzen hat Zeit!

Anna Masche steht vor Schmiger, auf ihn einredend mit ihrer schmalen, zirpenden Stimme, und ihre Backen haben rote Ranten. Diese Erregtheit stammt noch aus ihrer einsamen Zeit. Menschen, an denen das große Erleben vorübergeht, ist meist die große Erregbarkeit als Ersatz gegeben, die

sich schon an kleinen Dingen entzündet; sie mühten sonst sterben am furchtbarsten Gram der Langeweile.

„Sehen Sie, Herr Schmiger, weil Paul doch noch das ganze Jahr mit dem Ausroden zu tun hat, mein Gott, man kann's doch nicht mit Maschinen machen lassen wie Papendied, überhaupt der Papendied, haben Sie das mit den Pflanzen gesehen, nicht, na, es geht mich ja auch nichts an, also, und wenn wir selbst im nächsten Jahr schon pflanzen, deshalb gibts doch erst nach drei Jahren die erste Einnahme; der Spargel ist nun mal so wie'n tüchtiger Mensch, er braucht lange, bis er reif ist, aber dann hält er auch lange, also und ich bin doch Schneiderin und möchte in der Uebung bleiben, und Aufträge für Kleider gibts doch hier nicht außer für das Fräulein Papendied, die andern hier müssen doch arbeiten, dazu braucht man keine schönen Kleider, also und darum will ich nun Schürzen nähen, gut und billig, wegen der Nebeneinnahme. Ja. Und nun wollte ich man fragen, Sie kommen doch als einziger hier oft in die Stadt, und Sie sind doch auch Geschäftsmann, also und ob Sie die Schürzen mit verkaufen würden, wollte ich fragen?“

Es ist so, daß dies Anerbieten Herrn Schmiger in ein Reh treibt, aus dem nur eine Entscheidung herauskriift. Natürlich es macht ihn traurig, daß er lauter so kleine, erbärmliche Neblichgeschäfte machen muß, um hier draußen zu existieren; Hunde besorgen, Düng besorgen, nun auch noch Schürzen verkaufen. Und sein Pavillon ist nicht als Winterwohnung berechnet, oh, er hat das gespürt in diesem Januar, und als Sanatorium für Lungentränke schon gar nicht; und daß man sich ein Haus bauen kann vom Ertrag solcher Geschäfte, ist gänzlich ausgeschlossen. Es ist nur ein einziges Loch in diesem Reh, und das heißt Berlin; wenn man da nicht hinein will, muß man sich eben der kleinen Maschinen bedienen und Schürzen verhöfeln... Schmiger hat zu wählen zwischen Loch und Reh, und das Reh heißt Stubbenland, und im Stubbenland wohnt Vene Papendied.

Die ängstlichen Glasaugen der Anna Masche haben sein langes Nachdenken verständnislos verfolgt. Und als er nun sagt: „Ja, liebe Frau Masche, das wird schwer halten — aber bringen Sie mir mal son paar Schürzen her!“ — da legt sie gleich wieder los: ach ja, gleich wird sie die Schürzen bringen, aber er möchte sie nicht im Stubbenland verkaufen, vor allem Papendieds nicht, obgleich das Fräulein Papendied schon eine Schürze brauchen könnte, wo sie doch nun bald mal die Spargelstauden zusammenfuchen muß, die vorgestern der Regen weggeschwemmt hat, bis auf Herrn Schmigers Grundstück sind sie geschwommen, na ja, ihr Spargel ist das ja nicht.

Als sie endlich hinausgewieselt ist, geht Herr Schmiger zwischen seinen Stubben entlang, da, wo sie an Papendieds

Spargelacker stoßen. Anna hatte recht: das Land senkt sich hier etwas bergab, die Pflanzgräben laufen auf Schmigers Besitz zu, Papendied hat sie mit dem Pflug ausgeworfen, nicht sorgsam mit dem Spaten gestochen; darum hatte der Regen hier leichteres Spiel als drüben bei Korns, riß die Pflanzen beim ersten Ansturm aus und schwemmte sie hinunter zu Schmigers.

Und nun, zwei Tage später, findet er sie zwischen seinem Heidekraut. Es ist mittäglich heiß, und es sticht in seiner Lunge, wenn er sich bückt aber er sammelt sie alle, alle, und stapelt sie sorgsam auf. Und am anderen Tage kann er Vene Papendied in seinen Pavillon führen, kann den Hut ziehen und kann sagen: „Bitte, Fräulein Papendied, hier liegen sie; ich habe sie Ihnen aufbewahrt.“ Das ist für ihn so viel wie zehn weit geschwungene Sähe.

Und schon ist es, im Herbst an Papendieds Feldrand entlang zu gehen und zu wissen: die da schon weft sind, die sind damals erkoren und mühten nachgepflanzt werden; die aber noch hoch und grün sind, die sind nicht gestorben damals, weil ich sie auf meinen Tisch gelegt hatte; den Reichtum Papendieds und die Zukunft Venes auf meinem Tisch.

Das Aufwachen ist schwer und währt lange, wenn man einen ganzen Winter hindurch geschlafen hat: wochenlang währt es. Denn zuerst hat die Sonne ihren Schein nur für den Tag über den Sand gebreitet, ein Vaten, das sie abends wieder abzieht, und darunter ist es kalt geblieben wie zuvor — das weckt noch nicht. Dann hat, um Mittag meist, etwas wie ein ganz leichtes, wohliges Streicheln die Handbreite Erde durchdrungen, die über einem ist, und hat den Brustpanzer berührt; da hat es in diesem Brustpanzer leise geknackt, und eines oder das andere der sechs Beine hat sich mühsam bewegt und gefunden, daß es noch klamm ist und noch warten muß. Nicht mehr lange freilich: die Bewegung der allerkleinsten Schöpfungsteilchen, die Wärme heißt, ist immer schneller, immer allgemeiner geworden, hat Sandkorn um Sandkorn angestrichelt, ist Fingerbreite um Fingerbreite tiefer gedrungen, hat auch die Moleküle des vermoderten Spargelstengels ergriffen, in dessen Höhlung man den Winter verbrachte, ist endlich auch in dem eigenen, kleinen und harten Insektentörper eingezogen, und hat sofort die Beine zum gemeinsamen Laufen und Schauseln, den Brustpanzer zum Aufwärtsstemmen, den Kopf zum Bohren gebracht; eine Stunde lang müht man sich so, dann, als eben der im Herbst gefüllte Kraftspeicher restlos geleert ist, spielt rötlicher Schimmer und die beiden Augenklagen, weht Luft um die Fühlerenden; ein letzter Ruck, ein letztes Abrieseln von Sand: man ist oben, draußen und frei.

(Fortsetzung folgt.)

Berlin abzuhalten, wurden durch vorbeugende Maßnahmen der Polizei zunächst im Keime erstickt. Insgesamt sind gegen 100 Festnahmen erfolgt. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß seitens der sogenannten Erwerbslosenausschüsse unternommene Bemühungen, die aus den Betrieben kommenden Arbeiter zu Demonstrationen zu veranlassen, erfolglos blieben.

Geständnisse in Röntgental.

Zwei der Verhafteten haben Schmiere gestanden.

Von den drei jungen Burschen, die in Röntgental, wie bereits berichtet, unter dem Verdacht festgenommen wurden, an dem Feuerüberfall auf das Lokal „Edelweiß“ beteiligt gewesen zu sein, haben zwei von ihnen bereits ein Geständnis abgelegt. Sie gaben bei ihrer Vernehmung durch Dr. Braschewitz zu, daß sie in nächster Nähe des Tatortes „Schmiere gestanden“ haben. Die Nachforschungen nach den beiden flüchtigen Haupttätern werden eifrig fortgesetzt. Bei allen handelt es sich um Mitglieder des antisemitischen „Kampfbundes“.

Bei den Tätern handelt es sich um den Arbeiter Rudolf Schiemann, Berlin, Brunnenstraße; Kurt Kuhnert, Berlin, Schwimmender Straße, 17 Jahre alt; Willi Kettig, 19 Jahre alt aus Röntgental; Alfred Schulz, 17 Jahre alt, aus Röntgental. Nicht ergriffen wurden Rudolf Schiemann und Kurt Kuhnert, die bald nach der Tat flüchtig gegangen sind und sich verborgen halten. Forderungen über den Aufenthalt des Schiemann und Kuhnert werden unter Hinweis auf die ausgelegte Belohnung von 1000 M. von jeder Polizeibehörde, insbesondere von der bearbeitenden Dienststelle des Polizeipräsidenten Berlin, Abteilung I A, Zimmer 249, Hausanruf: Verolina 6923, Apparat 380, entgegengenommen.

Schulgeld wird erhöht.

Neue Schulgeldverteilung für die städtischen Lehranstalten.

Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung eine neue Schulgeldordnung vor, die mit dem 1. April 1931 in Kraft treten soll.

Nach dem Schulgeldgesetz vom 18. Juli darf das Schulgeld an den höheren Lehranstalten den dritten Teil der Kosten nicht übersteigen, die ein Schüler einer öffentlichen höheren Schule jeweils durchschnittlich verursacht. Diese Durchschnittskosten werden alljährlich von dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung festgestellt und betragen bisher 750 M. Dem Vernehmen nach sollen die Kosten aber vom 1. April ab auf 720 herabgesetzt werden, so daß der Grundbetrag des Schulgeldes an den städtischen höheren Lehranstalten wie bisher 240 M. jährlich beträgt. Dagegen soll der Grundbetrag des Schulgeldes für die Mittelschulen von 96 M. auf die Hälfte des Schulgeldes an höheren Lehranstalten (120 M.) herabgesetzt werden. Diese Erhöhung hält der Magistrat für notwendig, um ein gerechteres Verhältnis zu dem Schulgeld an den höheren Lehranstalten zu erreichen und einem zu starken Anstieg zu den Mittelschulen auf Kosten der höheren und Volksschulen vorzubeugen.

Neu aufgenommen sind die Bestimmungen über das Schulgeld für Auswärtige und Ausländer. Für die auswärtigen Schüler und Schülerinnen soll ein Zuschuß von 25 Proz. zu dem Schulgeldgrundbetrag gefordert werden.

Es wird mit einer Mehreinnahme von 360 000 M. auf Grund der neuen Schulgeldregelung gerechnet.

Bestrafte Wahlchwindel!

Stimmabgabe in Wahllokal und Krankenhaus.

Mit einem Wahlchwindel hatte sich das Schöffengericht Berlin-Mitte zu beschäftigen. Es hatten sich der Arbeiter G. und ein Mädchen K. aus der Weberstraße zu verantworten.

Die Angeklagten sind bereits wegen verschiedener Vergehen verurteilt. G. gehört der kommunistischen Partei an. Für den Wahltag am 14. September erhielt die Ehefrau des Angeklagten einen Stimmzettel sowie eine amtliche Benachrichtigung, daß die ihre Eintragung in die Stimmliste nicht erfolgt war, die Aufnahme nunmehr im Nachtrag erfolgt sei. Diese Mitteilung hat der Ehemann sich nun zunutze gemacht und die K. veranlaßt, auf den Namen seiner Ehefrau das Wahlrecht auszuüben. Da die Liste den Vermerk „St.“, d. h. Stimmzettel ausgestellt, fragte der Wahlvorsteher pflichtgemäß nach dem Stimmzettel. Diesen konnte die K. jedoch nicht vorweisen und bestritt auch, einen solchen erhalten zu haben. Witzrausch geworden, richtete der Wahlvorstand weitere Fragen über die Personalien der Frau G. an die K. Da sie keine erschöpfende Auskunft geben konnte, wurde sie zur Wahl nicht zugelassen. Doch bald darauf erschien sie mit dem Angeklagten G., der die K. als seine Frau vorstellte und in drohendem Tone fragte, wie oft denn seine Frau noch im Wahllokal erscheinen solle, um endlich von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen zu können. Da einer solchen Drohung in der Weberstraße eine größere Bedeutung beizumessen ist als in anderen Gegenden Berlins, so gestattete der Wahlvorsteher der solchen Frau G. die Ausübung des Wahlrechts. Sofort angestellte Ermittlungen ergaben jedoch den bereits geschilderten Tatbestand. Die Angeklagten waren geständig und beriefen sich darauf, lediglich aus Unkenntnis gehandelt zu haben.

Staatsanwalt und Richter sahen die Sache sehr milde an. G. erhielt an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von einer Woche 70 M. Geldstrafe, die K. statt drei Tagen Gefängnis 30 M. Geldstrafe. Da die beiden Unterstützungsberechtigten sind, hat somit das Wohlfahrtsamt des Bezirks Friedrichshagen Gelegenheit, die Strafen für die Wahlsünder zu bezahlen.

Verlorene Jugend.

Versuchter Einbruch, Raub, Totschlag, Nötigung, unbefugter Waffenbesitz.

Vor dem Landgericht I standen sechs junge Menschen; fünf von ihnen im Alter von 19 bis 22 Jahren, der sechste, vielfach vorbestraft, ein wenig älter. Den Verbindungsmann zwischen den jungen Leute spielte der 18jährige Markthelfer P. Von ihm stammten sämtliche „Annoncen“.

Unbestraft, in Diebesdingen unerfahren, beschränkte er sich in der Hauptsache auf seinen Familientreis. Bei seiner 73jährigen Tante, die ihn sehr gern hatte und die er jeden Sonntag besuchte — er tut es auch heute noch — erbeuteten seine Komplizen etwa 2000 M. Das war im Mai. Im Juni ließ P. die Brüder Koch am frühen Morgen beim Gemüsehändler B. ein, bei dem er in Stellung war. Die beiden Burschen fielen über den Gemüsehändler her, versuchten ihm die Brieftasche zu entreißen. Der Mann schrie um Hilfe, P., der die Räuber eingelassen hatte, eilte herbei, die beiden Burschen ergriffen die Flucht. Der Heberfall war mißglückt; nun mußte P. Untel ran, ein Schlächtermeister. Der eine der Brüder K. verpackte sich als Kohlenmann Einloß, packte die Hausangestellte am Kleide, warf das junge Mädchen, daß sich wehrte, gegen die Fensterscheibe, so daß sie Verletzungen davon trug, sie schrie um Hilfe, sprang aus dem Fenster und veranlaßte die Verhaftung eines der Hebelräuber. Der andere Bruder ging mit dem Revolver gegen die Polizeibeamten los, brachte einem Schupo-Wachmeister eine Bauchverletzung bei, dann bestieg er, den Chauffeur mit der Waffe drohend, ein Auto und raste mit dem befreiten Bruder davon.

In der Unterjuchungshaft zertrümmerten beide Brüder das Zelleninventar, der eine schnitt sich die Pulsadern auf und brachte sich, kaum vom Tode errettet, Stiche am Unterarm bei; der andere Bruder schnitt sich den Unterleib auf und schluckte einen Kopierstift. Vom Arzt über die Motive dieser Selbstmordversuche befragt, meinten die Brüder: Solch ein Leben hat doch keinen Sinn. Hier sieht man auf die Rehrseite ihrer verdreherischen Handlungen.

Das Großstadtelend

steht die Kulisse zu diesen Taten. In Stube und Küche acht Personen. Der Vater vertrinkt den ganzen Wochenlohn, mißhandelt Mutter und Kinder. Eine Tante stirbt im Irrenhaus. Vor Geburt aus psychisch abnorm, stößt der eine der Brüder sich vor der Tür seiner Braut einen Dolch in die Brust. Schon 19jährig, wird er in die Fürsorgeanstalt Struveshof gesteckt, angeblich weil er gegen den Vater, der auf die Mutter mit dem Messer losgeht, Stellung nimmt. Er läuft davon, ernährt sich durch Diebstähle, wird in die Fürsorge zurückgebracht, türmt von neuem, begeht wieder Diebstähle und verbüßt eine viermonatige Strafe in Plötzensee. Der andere Bruder, zuerst Kuhhirt auf dem Bunde, dann Baujunge,

begeht kleine Unterschlagungen, kommt in den „Bündchenhof“, türmt, wird gefaßt, verbringt dreiviertel Jahr in der Anstalt Scheuen, türmt von neuem, wird von den Eltern aufgenommen, braucht aber, um eine Arbeitsstelle anzunehmen, seine Papiere. Er begibt sich aufs Jugendamt und wird nach Struveshof gebracht. Hier läuft er wieder davon, findet aber später Arbeit.

So die beiden Brüder K. Der 22jährige Angeklagte H. wurde bei der Großmutter erzogen. Er arbeitete als Schweizer. Im Jahre 1928 stirbt die Großmutter, der Stiefvater nimmt ihn nicht auf. Er ist sich selbst überlassen, findet keine Arbeit und gerät auf Abwege. Arbeitslos war das letzte Jahr auch der „Annoncen“-Mann P. Auf dem Arbeitsnachweis traf er seine früheren Schulkameraden, die Brüder K. Wie so oft wurde auch diesmal das Arbeitsamt zum Ausgangspunkt der gemeinsamen Rastaten. Der ältere Bruder, Otto K., versuchte in der Verhandlung den jüngeren zu decken, dieser stand zweifellos unter dem Einfluß des anderen. Das war auch die Ansicht des Gefängniswärters, der beide Brüder für psychisch stark von der Norm abweichend erklärte.

Das Landgericht I verurteilte die Angeklagten Otto K. zu sieben Jahren Gefängnis, seinen Bruder Albert zu drei Jahren Gefängnis, den 18jährigen P. zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis. H. wurde zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt, K. erhielt zwei Monate Gefängnis. Der Angeklagte M. wurde freigesprochen.

Urteil gegen den Behördenschwefel.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Historiker und Kirchenmaler Schäfer, der am 22. Dezember vorigen Jahres sich mit einer Scheintodpistole und einem Gummiknüppel Zutritt zum Arbeitsminister Stegerwald verschaffen wollte, wegen Hausfriedensbruchs und unbefugten Waffenbesitzes zu einem Monat Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß Hausfriedensbruch im Gegenfall zur Auffassung des Angeklagten vorliege, da es unmöglich gestattet sein könne, daß Bürger sich gewaltsam Zutritt zu den höchsten Beamten des Reiches zu verschaffen suchen. Der Angeklagte habe trotz der Aufforderung, das Gebäude zu verlassen, dies nicht getan. Strafmildernd kam sein zehnjähriger nervenzermürbender Kampf um eine Rente und um Arbeit in Betracht.

Der Versuch, sich gewaltsam Zutritt zu den höchsten Beamten zu verschaffen, scheint in dieser Zeit der schrecklichen Rot sich zu einer Epidemie auszuwachsen. Heute findet unter anderem die Verhandlung gegen den Oberstleutnant Alois Broll statt, der, mit der Waffe in der Hand, im Reichspräsidentenpalais verhaftet wurde.

Oeffentliche Kundgebungen

Kaulsdorf, 123. Abt. Freitag, den 27. Februar, 20 Uhr, Turnhalle. Adolfsstraße. — Thema: Nationalsozialismus — Volksbetrug. Redner: Erich Kuhnert, M. d. L.

Mitte, 4. Abt. Freitag, den 27. Februar, 19 $\frac{1}{2}$ Uhr, Vogels Festsäle, Brückenstr. 2. — Thema: Das dritte Reich. Redner: Genosse Ritzel, M. d. R. — Politisch-satirische Revue: „Wo bleibt der zweite Mann?“ — Unkostenbeitrag 0,30 M., Erwerbslose Genossen frei.

Blankenburg, Sonntag, den 1. März, 17 Uhr, Lokal Krug, Dorfstr. 2. Thema: Wollen die Frauen den Bürgerkrieg? Rednerin: Käthe Kern. — Ferner Hans Plettner: Gegen Bürgerkrieg und Faschismus.

Volksgenossen! Erscheint in Massen! Helft den Faschismus bekämpfen!

Die Nationalsozialisten als Kriegspartei

In einer gut besuchten Frauenversammlung des Kreises Tiergarten in den Arminius-Hallen in der Bremer Straße sprach Genossin Mathilde Barm über „Die Gefahren eines neuen Krieges“.

Die Nationalsozialisten versprechen die Beseitigung des deutschen Elends durch einen „Freiheitskrieg“, ohne sehen zu wollen, daß der Krieg das kapitalistische Mittel zur Lösung der kapitalistischen Gegensätze ist. Eine wirkliche Beseitigung der Gegensätze und des Massenelends wird damit ebensowenig bewirkt wie durch den letzten Krieg. Der Weltkrieg hat bewiesen, daß kein Krieg die Konkurrenzstreitigkeiten der Kapitalisten und die Un Sinnigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft beseitigt, sondern Elend und Hunger noch verschärft. Den Frauen legt der Kapitalismus doppelte Lasten auf, und der Nationalsozialismus weicht vom kapitalistischen Wege nicht einen Finger breit ab.

Nur die Sozialdemokratie kämpft gegen Krieg und Wirtschaftskrise, gegen Ausbeutung und Massenelend. Ihr müßt ihr alle Frauen anschließen!

Schulmusik am Gesundbrunnen.

Die Dierkerweg-Oberrealschule rief die Eltern ihrer Schüler, ihre Freunde und Gönner wieder zu einigen gemächlichen und geselligen Stunden, zu einem Konzert in den Altan-Hallen der Lichtburg zusammen, und wiederum konnten die Räume die in Scharen herbeiströmenden Gäste nicht fassen! Eine Auswahl der schönsten klassischen Opernmodellen und einige andere erlebte Perlen ansprechender Orchestermusik wurden unter Leitung des Oberschullehrers Feist von Schulorchester und Schulschor, der durch den gemischten Chor von Advent verstärkt wurde, in meister-

hafter Form vorgetragen und ernteten wohlverdienten, uneingeschränkten stürmischen Beifall. Der immer zündende, hinreißende Strauß des Walter „An der schönen blauen Donau“, von Chor und Orchester gemeinsam vorgetragen, bildete den Beschluß und leitete über zum zweiten Teil des Abends, zum geselligen Tanz, der die Jugend trotz beengender Enge und Fülle bis zur mitternächtlichen Stunde zusammenhielt. Das Fest kann als schöner Erfolg gebührend werden in den Beiträgen, Schule und Eltern zusammenzuführen zur Förderung gemeinsamer Arbeit an unserer Jugend!

Zelluloidexplosion in Erfurt.

Vier Feuerwehrlente schwer verletzt.

Erfurt, 25. Februar.

In einer Zelluloidwarenfabrik entzündete sich am Mittwochnachmittag durch einen elektrischen Funken etwa ein Zentner Zelluloid. Das ganze Gebäude stand im Nu in dicken, gelben Rauchschwaden, und die Feuerwehr mußte mit Hilfe von Gasmasken arbeiten. In dem Augenblick, als sich einige Feuerwehrlente in das brennende Gebäude begeben hatten, gab es eine starke Explosion, und eine haushohe Stichflamme schlug empor. Vier Feuerwehrlente erlitten schwere Verletzungen. Ein Brandmeister wurde lebensgefährlich verletzt. Durch die Explosion wurde eine Wand eingedrückt und sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Nach harter Arbeit gelang es der Feuerwehr, den Brand einzudämmen und die angrenzenden Gebäude zu schützen, in denen sich teilweise große Mengen gelösten Zelluloids befanden.

Sie fallen uns immer wieder in den Rücken.

Mehrere Parteigenossen aus dem städtischen Ledigenheim am Brunnenplatz schreiben dem „Vorwärts“:

Im Ledigenheim am Brunnenplatz wurden mit Genehmigung der Verwaltung mehrere Plakate, die zum Kampf gegen den Faschismus aufrufen, angebracht. Die Kommunisten, die sich angeblich berufen fühlen, eine „Einheitsfront“ gegen den Faschismus herzustellen, fordern von der Verwaltung die Entfernung der betreffenden Plakate, und drohten, sich an den deutschen Nationalen Stadtrat Bethge zu wenden. Herr B. hat schon einmal das Anbringen von Plakaten untersagt, und zwar: die Anzeige der Trauerkundgebung für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert. Wir fragen hiermit: Ist Herr B. berechtigt, so ohne weiteres das Befestigen der Plakate einer staatsbeherrschenden Organisation zu verbieten? Das Verhalten der Kommunisten im Ledigenheim ist charakteristisch für die „Einheitsfront“ gegen den Faschismus, wie ihn sich die Maulhelden vorstellen. Man läuft winselnd zu den Deutschen Nationalen.

lo!o?

luxus und sparen
arm in arm!
direkt

lo!o!

wie das möglich ist, erfahren Sie morgen

HAIN
HAIN

„Volkshotel“ ohne Ruhe.

Unberufene im Ledigenheim Charlottenburg.

Eine Kart. zum Teil wieder von Unbeteiligten besuchte Verammlung der Mieter des Charlottenburger „Volkshotels“ zeigte wieder zwei unerfreuliche Tatsachen: Daß noch eine ganze Reihe begründeter Beschwerden der Mieter keine Abhilfe gefunden hat — dann aber auch, daß in diese wohlgegründete Bewegung schwergeprüfter Proletarier sich immer wieder Unberufene mischen, die nicht ernstlich helfen, höchstens ihr eigenes Parteigedächtnis an der Not der Mieter zu machen suchen.

Der Vorsitzende, der auch die linksradikale Einstellung deutlich verrät, stellte noch einmal die seit vorigem Sommer erhobenen und erst zum Teil abgestellten Beschwerden zusammen. Er betonte, daß die Forderung der Rücknahme der Kündigung einer Reihe Mieterauschussmitglieder noch unerfüllt sei. Vielmehr hat es die Verwaltung auf gerichtliche Entscheidung ankommen lassen, wobei das Amtsgericht die auf Ende Oktober geforderte Räumung auf den 1. April hinausgeschoben hat und nun noch die Entscheidung des Landgerichts herbeigeführt werden soll. — Auch die Rückzahlung der unbilligerweise von einem Teil der Mieter erhobenen Beiträge zu den Herstellungskosten ist erst zum Teil und immer auf besonderen Antrag der meist schreibungswandigen Bewohner erfolgt. — Mit besonderem Nachdruck und großer Erbitterung aber wurde die Entfernung des Hausinspektors, der offenbar für jeden anderen Beruf eher als für diese Stellung geeignet ist, gefordert.

In der mehrstündigen Aussprache, die teilweise durch Einwirkung unbeteiligter kommunistischer Elemente sehr stürmisch verlief, wurden die Anklagen von einer Reihe Heimbewohner bestätigt und ergänzt. Sehr bemerkenswert war die manchen Drohreden sicher nicht angenehme Mitteilung eines früheren Mieterrats, daß zur Zeit der Amtstätigkeit unseres Genossen Paul Hirsch, der volles soziales Verständnis bewiesen habe, solche Mißstände nicht bestanden. Gegenüber verantwortungslosen Ratgebern, die die bisher erzielten unansehnlichen, wenn gleich unzureichenden Erfolge als nichts hinstellten und den tollen Gedanken eines „Mietertreiks“, d. h. Wohnungsberuhung ohne Mietzahlung und Ankommenlassen auf die gerichtliche Räumung, predigten, betonten die

Sozialdemokraten Gjarinski, Kohenstein und Henkel das starke Interesse der Partei an der 1908 unter Mitwirkung der Sozialdemokratie geschaffenen Einrichtung und an der Abstellung aller begründeten Beschwerden. Sie zeigten aber auch, daß bereits, trotz des Widerstandes der bürgerlichen Mehrheit, die Durchgreifendes verhindert hat, eine Reihe Verbesserungen auf dem Wege über die Bezirksversammlung erzielt worden sind: so die Verminderung der Kündigungen, die Rückzahlung zahlreicher Ausbesserungsbeiträge, die Abschaffung des Fahrradstandgebühres und des Schlüsselgebühres sowie die gerade jetzt vom Bezirksamt genehmigte neue Hausordnung, die fast alle Forderungen der Mieter erfüllt, und den Mieterauschuss anerkennt. Dieser Weg des Zusammenwirkens zwischen der Mieterchaft und den für ihre Rechte eintretenden Gemeindevetretern sei der einzige zuverlässige zur Beseitigung auch der noch bestehenden Mißstände. Nach einem tollen Kriegszug des kommunistischen A. A. Fieber mit der Aufhebung zum Mietertreik und der Zuficherung der „Unterstützung durch die KPD.“ warnte Genosse Kohenstein noch einmal: „Die KPD. wird Ihnen nicht helfen. Sie hat bisher nur Niederlagen organisiert. Immer hat das Proletariat die Raschläge der Kommunisten teuer bezahlen müssen.“

Ohne Widerspruch wurde eine Entschließung angenommen mit den Forderungen: 1. Zurücknahme der noch bestehenden Kündigungen. — 2. Keine Kündigung ohne Zustimmung des Mieterauschusses. — 3. Rückzahlung der noch ausstehenden Herstellungsbeträge ohne besonderen Antrag. — 4. Entzerrung des Hausinspektors. Die Neuwahl des Mieterauschusses wurde auf eine weitere Verammlung verschoben. Hoffentlich wird diese, wie die übrigen, den berechtigten Forderungen der Mieter dienenden Zusammenkünfte nicht als „offiziell“, jedem Vorkommnis zugängliche Versammlung veranstaltet werden. Die Not der Proletarier, die genötigt sind, die Räume des Ledigenheims als Zuflucht zu benutzen, insbesondere der zahlreichen dort lebenden Arbeitslosen ist zu erst, um als Sentiment unweiser Burtschen oder als Agitationsmittel unverantwortlicher Demagogen oder sonstiger Interessenten zu dienen.

Billig, billig!

Sozial Preiswertes, noch nicht Dagewesenes, nicht Wiederkehrendes, rücksichtslos Herabgesetztes, halb Verschontes, wie es heute zu kaufen gibt! Da löst ein Alarmruf den anderen ab, bald heißt es Inventur, bald Werke Woche, Schulbeginn, Konfirmation und was es der Gelegenheiten noch mehr gibt, die auch dem mageren Geldbeutel irgendein kleines Kaufgebot diktieren. Heute zieht nur eines: „billig“; früher wußte man: billig ist teuer! Heute weiß man es auch, aber man will es nicht wissen. Da liegen auf den Ausstellungsflächen gigantische Gebirge der jeweils inserierten Ware, durchwühlt, befüßt und heißbegehrt von einer nicht endenwollenden weiblichen Bilgerschar. Die Preisschilder wirken chloroformierend auf die Masse, besonders wenn sie noch nicht mal eine Mark erreichen. Zugegeben, daß es oft „Ladenhüter“ sind, die durch ein unnötig überbordendes Defizit oder durch wenig gangbare, ganz kleine oder ganz große Welten wenig Ablosmäglichkeit bieten und darum der Gewinn an der Ware vom Unternehmer längst abgeschrieben ist, man muß sich trotzdem wundern. Und eben dieses wahllose Staunen über die launenhafte Hezerei steigert sich im Käufergehirn zur Typhose. Wo die meisten Menschen stehen und wählen und drängen und zerrn, da gefüllt man sich dazu und macht mit; dann schließt man hocherfreut mit dem billigen Stück heimwärts. Und die Rehrseite der Reballe? Kaufmann und Menschenfreund sind zwei etwas konträre Begriffe und es ist unschwer zu erraten, wie die billigen Preise zustandekommen. Immer und ewig auf dem Rücken der Arbeitnehmer. Besonders entgegenkommend: Zwischenweiser — Bohrgewerbetreibende nennen sie sich, Bohrdreher nennen wir sie — übernehmen Arbeit zu wahren Hundelöhnen. Herdortragendes auf dem Gebiete der Bohrschinderei wird in der Blauener Gegend geleistet, man braucht aber gar nicht einmal so weit zu sehen, sondern ganz dicht bei uns, an der Peripherie Berlins kann man das „System“ auch treffen. Damit recht viel geschafft wird, nützt man mit der Zweinadelmaschine oder, wie ihr populärer Name ist, mit der „heißen Nadel“; wenn da mal der Faden reißt, braucht man nicht lange trennen, die Chose löst sich ganz von selbst in zwei Teile.

Oberbeamter und Hauswirt.

Man schreibt uns: Was ein wichtiger, „geschäftstüchtiger“ Hauswirt ist, der macht auch in unserer jetzigen dreidigen Zeit nach die besten Geschäfte: Einer jener Vorasiten, die aus der Notlage der anderen Kapital schlagen, auf daß ihr Bankkonto blühe und gedeihe, ist Herr R., seines Zeichens Reichsbahnoberrat, im Nebenberuf Hauswirt. Sein ertragreiches Objekt liegt in Berlin SO., Reichsberger Straße, und zu seinen Mietern zählt unter anderen der arbeitslose Landarbeiter R., der mit Frau und zwei kleinen Kindern eine Holzbaracke bewohnt, die als eine Art Quergebäude im Hof des Hauses steht. Für diese komfortable Wohngelegenheit hat er die stattliche Miete von 50 Mark, ursprünglich waren es sogar 60 Mark, zu entrichten. Der Mann ist laut ärztlichem Befund 70 Proz. arbeitsunfähig, er leidet an einer schweren Kopfverletzung, die er sich bei der Arbeit zuzog, außerdem brach er sich dabei den Arm und mit der nötigen Muskelkraft ist es für immer vorbei; er kann nur noch leichte Arbeit verrichten, aber wo all die Gefunden und Kräftigen vergebens suchen, wie soll da ein Dreiviertelmalte Arbeitsgelegenheit haben? Das störte den Hauswirt aber nicht, auch nicht, daß die Holzbaracke keinerlei Beleuchtung aufweist und die Menschen bei der Petroleumlampe sitzen, daß der Kohlenverbrauch ein ungeheurer ist, daß keinerlei Kochgelegenheit vorhanden und die Leute sich selbst eine kleine primitive Kochmaschine anschaffen mußten. Im übrigen verkehrt der Reichsbahnoberrat mit seinen Mietern nur per Postcheckkonto, auf das sie die Miete einzuzahlen die Ehre haben. Von 50 Mark Unterstützung mit vier Mann zu leben und hiervon 50 Mark für Miete zu verausgaben, ist ein kleines Rechenrätsel und wenn auch das Wohlstandsamt einen Mietszuschuß gewährt, so werden dafür von der Unterstützung 30 Proz. in Abzug gebracht. Oberbeamter und Hauswirt zu sein, ist immerhin eine ganz einträgliche Sache.

Dolf Schmidt, Mitglied des Vorstandes der Berliner Städtischen Gaswerke und Ehrenbürger der Technischen Hochschule zu Berlin, feierte seinen 60. Geburtstag. Dolf Schmidt gehört zu den prominentesten Köpfen der Gasindustrie und erweist sich in den Kreisen der deutschen Wirtschaft des höchsten Rufes. In der Wirtschaftlichen Vereinigung Deutscher Gas-

werke L.G. (Gastafondsindikat) gehört Schmidt dem Vorstand des Aufsichtsrats und den Organen fast aller mit diesem Syndikat verbundenen Nebenproduktengesellschaften an.

Gedenkstiel für van t'Hoff. Der Magistrat Berlin wird für den bekannten Chemiker Professor Dr. Jacobus Henricus van t'Hoff aus Anlaß seines 20. Todestages am 1. März d. J. eine Gedenkstiel an dem Hause Liegenburger Str. 41/42 (Ecke Uhlandstr. 38) in Berlin-Charlottenburg anbringen lassen. Van t'Hoff war neben

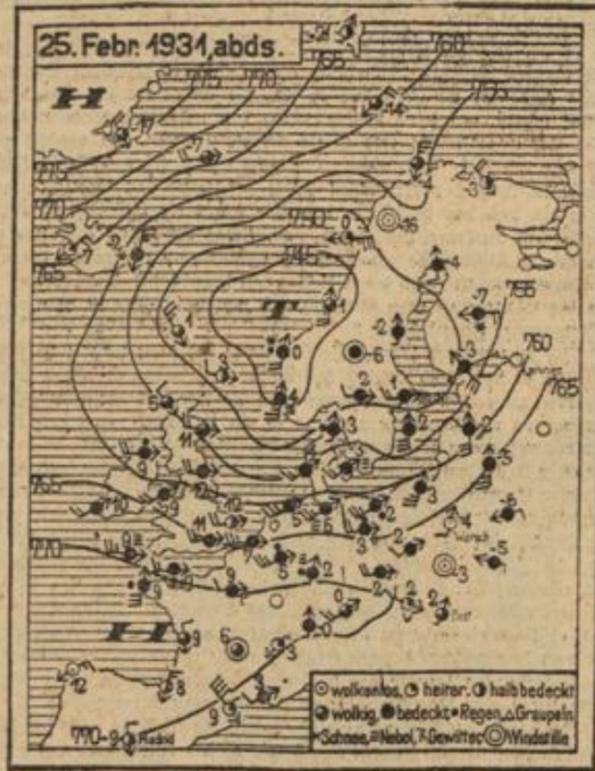
Die Klagenausnahmestelle des Arbeitsgerichts in der Zimmerstraße bleibt auch während des Umzuges des Arbeitsgerichts, entgegen unserer ersten Mitteilung, geöffnet.

„Leben und Lernen in der Montessorischule.“ Sonnabend, den 28. Februar, 20 Uhr, Vortrag mit Lichtbildern „Leben und Lernen in der Montessorischule.“ Redner ist der Schulleiter Ernst Busowa. Der Vortrag findet statt in Dahlem, Altstr. 1-5, am Untergrundbahnhof Dahlem-Dorf. Eintritt frei!

Ueber die gesellschaftliche und rechtliche Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft sprechen heute, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Alte Jakobstraße, 147, Ostfischer Straße, die Genossen Gemeinshaftsdirektor Dr. Walter Pahl und Rechtsanwalt Dr. Franz Reumann im Rahmen einer Veranstaltung der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen.

Für Kunst von Lepper-Cash veranstaltet die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ am kommenden Sonntag, dem 1. März, im ehemaligen Seerenaubaus (Feldaal), Leipziger Str. 3, vormittags 11.30 Uhr, eine Gedenkfeier. Karten und unentgeltlich in der Geschäftsstelle der „Liga“, Rindfleischplatz 10, Eingang 1, 3 Tr. zu haben.

Allgemeine Wetterlage.



Der Hochdruckrücken, der sich gestern vom Ozean über Mittel-europa nach Rußland erstreckte, hat sich nach Süden verlagert. Gleichzeitig ist das neue atlantische Tief bis nach Skandinavien vorgedrungen. Dadurch haben die Winde in Deutschland auf westliche Richtungen gedreht, und eine merkliche Milderung herbeigeführt. Am Mittwochabend war der Himmel in ganz Deutschland trübe; vielfach fiel Regen. Die Temperaturen lagen dabei überall über dem Gefrierpunkt, im Westen bis zu 4 Grad Wärme. Ueber England drängen nach wärmeren Luftmassen ostwärts vor, so daß die Temperatur zunächst noch weiter ansteigen wird. Ueber Schottland ist aber wieder polare Luft erschienen, die dann einen erneuten Temperaturrückgang bringen dürfte.

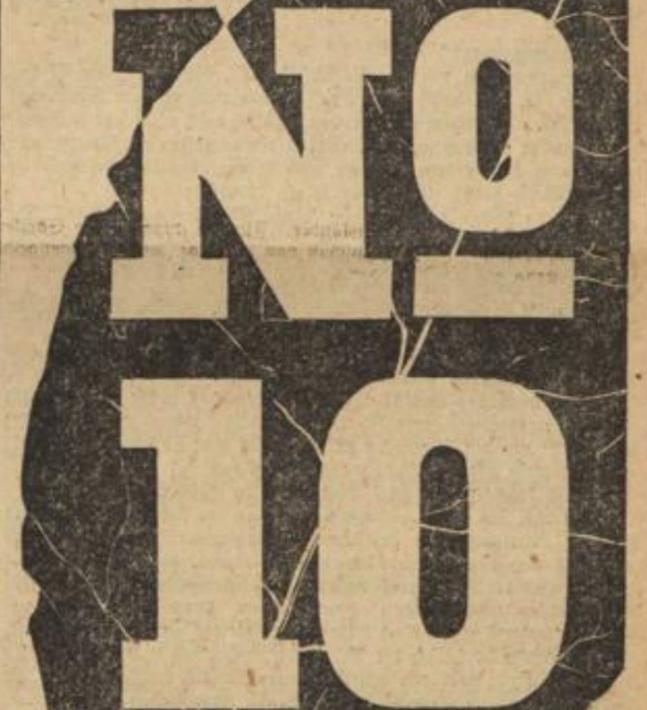
Wetterausichten für Berlin: Meist starker bewölkt, noch etwas Regen, Temperaturen weiter ansteigend. — Für Deutschlands bei westlichen Winden und größtenteils starker bewölkt Himmel im ganzen Reiche noch etwas milder, vielfach leichte Niederschläge.

Funkwinkel.

Kate Kuhl sang „Moritaten und hochtragische Bas-laden“, wie man sie einst zu Veierkästen auf Jahrmärkten hören konnte. Schaurig-schöne Bilder machten damals den Zuhörern die traurigen Geschichten und ihre Moral besonders anschaulich. Bei diesen Rundfunkvorträgen versuchte Rudolf Stemmle, durch seine Konfession den Hörern etwas von dieser vorjunktischen Welt bildhaft zu machen; aber er steht ihr wohl selber zu fern. Desto lebendiger wirkte der Gesang von Kate Kuhl. Alles, was an echter Sentimentalität und verlogener Gefühlshücherei in diesen Liedern ruht, wußte sie zu erwecken. Allan Grays musikalische Bearbeitung hatte den Charakter der Lieder gut erfaßt und ihm den Ohren unserer Zeit zugänglich gemacht. — Aus Leipzig übernahm der Deutschlandsender ein Hörspiel von Martin Amath „Gefängnissonate“. Das Werk ist keine Dichtung. Die Sprache wirkte papierern und zum Teil sogar tischig; besonders schlimm waren die breit ausgesponnenen Monologe, die seelische Vorgänge in sehr naiver Weise zu schildern versuchten. Auch die Handlung ist weder eigenartig erfunden noch gestaltet. Aber es ging hier um Menschliches; der Verfasser wollte um Verständnis werben für die seelischen Qualen der Gefangenen. Das war gewiß ein menschlich schönes Ziel und eine etwas härtere schießende Regie wäre wahrscheinlich in stande gewesen, das Hörspiel vielen Hörern nahezubringen.

Les.

2000000 erwarten



2000000 genießen

für 10 Pfennig: denn 65jährige Erfahrung und jahrzehntelange Studienarbeit gaben No 10 den ausgezeichneten Geschmack. — Übermorgen wird die Zahl der Genießer vervielfacht sein, weil wir morgen das Geheimnis lüften.

Andreas Nagy: Das Blut des Bleikönigs

Aus den Erzählungen des Nilotich Lokitsch

Wie soll ich euch die Wallstreet in New York beschreiben? Als hätte ein verrückter Baumeister an den Rändern eines krummen eckigen Feldweges beiderseits Häuserlamen verstreut. Jedes davon wuchs nach seinem privaten Pech oder Glück auf; wenn ein Körnchen unter einen Ziegelstein geriet, ging es gerade nur auf, wenn ein auf einen Dünghaufen fiel, schob es wie verrückt in den Himmel: jetzt sind da fünfzig Stod hohe Häuser neben Palästen und Kirchen, die ihren Nachbarn kaum bis zum Knie reichen. In der komischen Perspektive der Höhe neigen sich die Hausriesen zueinander, als wollten sie sich stützen; unten herrscht Dämmerung, aber oben auf den Dächern und Zinnen der Häuser strahlt Licht zum Zeichen, daß Tag ist und die Sonne scheint. Und diese ganze verrückte Gegend zittert und bebzt ununterbrochen, als schüttle sie das Fieber, denn eben in schwindelnder Höhe und unten in und auf der Erde dröhnen Jüge entlang, und über den glattgeschliffenen Asphalt rasen Autos, Omnibusse und Passanten. So sieht die Wallstreet aus.

Ich stand mit leerem Bauch, leeren Taschen, planlos an der Steinmauer eines Wolkenkrägers hängend, um vom Strom nicht ergriffen zu werden. Ich stand mit schlatternden Knien, schwindelndem Hirn, hörte den Lärm, das verrückte Tempo flüchte an meinen wirren Augen vorbei, ich konnte nicht mehr mit, denn mir fehlten die Beine und der Glaube. Selbst hier, während ich an die Wand gedrückt stand, rannte von Zeit zu Zeit ein Ueberstürzter mich an; ohne auch nur Mut zu sagen, tobte er weiter, die Spur seines Elbogens in meiner Seite zurücklassend, ähnlich wie die Springflut ihre Spur im Meerand läßt. Ich hatte das Gefühl, unbarmherzig verstampft zu werden, wenn ich mich weiter vorwagte.

Einmal lief ein langer, ausgemergelter, bebrillter Panter an mir vorbei. Zufällig sah er mich an, ich bemerkte auch, daß sein Blick an mir haften blieb. Der Schwung seiner Bewegungen trieb ihn noch ein Stück weiter, dann aber stoppte er, lehnte um, trat zu mir und ergriff, ohne zu grüßen, meinen Puls. Einen Augenblick prüfte er ihn und nickte dann:

„Ihr Puls ist etwas langsam, aber weich und gleichmäßig.“

Ich wollte ihm gerade für diese Anerkennung danken, aber er winkte nur, ich sollte ihn nicht stören. Aufmerksam und abwägend tastete er mich ab, ich erschrak bereits ernstlich beim Gedanken, er wolle mich vielleicht pfundweise aufkaufen, aber er sprach wieder mit soviel Wärme, wie ein Panter bestenfalls aufbringen kann:

„Sie sind abgemagert, aber ihr Knochengestirkt ist fehlerlos. Tadellos! Brustkorb, breite Schultern, Wright!“

Bernähtlich wollte er mich zu schwerer körperlicher Arbeit bringen. Mir sollte es recht sein. Ich zwang ein selbstbewusstes Nicken auf mein Gesicht und wollte ihn beruhigen: er werde sich nicht in mir täuschen. Aber ich kam wieder nicht zu Wort. Er schrie mich trocken an:

„Hungrig, was?“

Ich antwortete mit der Unmittelbarkeit, die eine solche Frage erheischt. Er sah mich unter und schleppte mich wie ein Raubvogel in eine Bar. Ihr könnt mir glauben, daß ich mich nicht sehr sträubte. Dort begann er mich mit hundertlei Kleinigkeiten zu füttern, alle waren von verschiedener Farbe und Form, schmeckten jedoch in gleicher Weise salzig. (Hier richtete ein Zuhörer:

„Na, da hastest du dir einen feinen Kanarienvogel aufgeholt! Du konntest ja wissen, da Trottel, daß in den amerikanischen Bars die gefangenen Vögel gratis abgegeben werden, der Getränke wegen!“

Nilotich Lokitsch entgegnete einfüßig:

„Das ist es gerade! Das Salz mußte ich treffen, die Getränke aber soll er!“

Während ich nach Herzenslust einpactete, starrte er mir in den Mund und brummte zufrieden vor sich hin:

„Ein herrliches Gebiß! Das ist wichtig!“ (... ihr braucht mich nicht so anzusehen, denn ich hatte damals Zähne wie ein Bär! Erst später wurden sie mir im Abenankrieg zum Teil weggeschossen!)

Als mein Magen flüppvoll war, sagte er:

„Jetzt kommen Sie mit! Wir gehen in mein Sprechzimmer!“

Der Blick eines Wolkenkrägers spie uns ins siebzehnte Stockwerk hinauf. Dort war sein ärztliches Sprechzimmer. Das war gleich ersichtlich aus den vielen schreienden Plakaten, die an seiner Tür hingen, und die den Zweck hatten, den eintretenden Patienten sein unbegrenztes Heilernögen einzubämmern. Auch der Ordinationsraum steckte voll verschiedenartiger komplizierter, geheimer Apparate, denn in Amerika heißen die Ärzte bekanntermaßen mechanisch. Er ließ mich sitzen, probierte meinen Ankerreflex aus, fragte nach meiner Vergangenheit, ob ich nicht etwa häßliche Krankheiten gehabt habe, und es war ihm anmerken, daß er mit allem sehr zufrieden war. In meinem zerquälten Hirn überlegte ich tausenderlei Möglichkeiten: Was zum Teufel wollte er eigentlich von mir. Endlich klarte er mich auf:

„Es handelt sich um ein gutes Geschäft. Sie können zehn-tausend Dollar verdienen.“

Langsam, um die Wirkung seiner Worte noch zu steigern, steckte er sich eine Havanna an, und als er sah, daß meine Blicke groß war, und meine Nasenflügel den Rauch andächtig beschlupperten, meinte er gutmütig:

„Ich biete Ihnen absichtlich keine an, Nikotin wäre schädlich für ihre Gesundheit... Es handelt sich darum, daß Mr. Cartel, der Bleikönig, der reichste Mann in den Staaten, sehr schlecht in Form ist. Die Bleikompanie, die er leitet an der New-Yorker Börse leidet, hat ihn fürchterlich mitgenommen. Er gewann dabei zweihundert Millionen Dollar, verlor jedoch seine Gesundheit. Obwohl er erst sechsundachtzig Jahre alt ist, für einen Millionär überhaupt kein Alter. Ich suche gerade in seinem Auftrag einen tadellos gebauten Menschen, dem ich für angemessenen Preis einen Liter Blut für ihn abkaufen würde.“

Ich sprang empor auf.

„Sie wollen mein Blut auskaufen?“

„Blödsinn! Wenn Mr. Cartel sich zu ernähren wünscht, stehen ihm sämtliche Kalorien der Welt zur Verfügung. Aber sein Organismus ist schon zu verbraucht dazu, Nahrung in Blut umzuwandeln. Ich will also mit Hilfe eines Patentverfahrens, das meine Erfindung ist, das Blut eines gesunden jungen Mannes in seine Körner lösen lassen. Und ich finde Sie in jeder Beziehung geeignet für diesen Zweck. Ich bin also geneigt, von Ihnen einen Liter Blut zu erwerben. Ich zahle pro Kubikzentimeter zehn Dollar, das macht zehn-tausend Dollar. Aber es ist möglich, daß ich auch mehr kaufe, das werden wir später sehen.“

Ich schüttelte eine häßliche Grimasse. Einerseits sah ich die zehn-tausend Dollar, in meiner damaligen Lage ein sehr angenehmer Anblick, aber andererseits sah ich mein Blut aus den geöffneten Adern springen, und das verdaute mir die Freude an Gönzen.

Der Arzt bemerkte mein Zögern und bemühte sich, mich zu überzeugen. Er erklärte mir, daß ich, wenn auch sonst ein armer Teufel, wenigstens drei Liter in mir hätte, wenn nicht mehr, und mir mindestens zwei übrigblieben, wenn ich einen verkaufte. Das sei

nicht viel, aber wenn ich mir für die zehntausend Dollar eine feine, kleine Farm in Kalifornien kaufe, könne ich soviel Blut sammeln, daß es für den schönsten Schlagfuß der Welt reichte. Wenn ich hingegen mich hier in New York noch weiter herumtriebe, ohne Geld und Arbeit, würde ich mein Blut allmählich auch los, ohne Geld dafür zu erhalten, und erreichte schließlich bestenfalls, daß ich auf Kosten der Allgemeinheit befristet würde.

Das war die reine Wahrheit. Ich schlug also ein. In wenigen Augenblicken hatte ich mich auch mit der Idee befreundet. Schließlich war nichts dabei. Der Arzt läßt sich seine Muskeln bezahlen, Tauber seine Stimmfäden, und ich mein Blut. Das ist alles. Ich spürte sogar noch ein klein wenig Eitelkeit, weil mein Blut so hoch taxiert wurde.

Ich dachte, ich würde gleich einen kleinen Vorschuß erhalten, und improvisierte auch gleich ein nettes Programm für die Nacht, denn ich hatte auf dem Broadway eine ganze Reihe Bumslofale entdeckt, die ich gern einmal beaugenscheinigt hätte. Aber daraus wurde nichts. Der Doktor setzte mir auseinander, daß ich mich drei Tage lang unbedingt in erhöhtem Maße ernähren müsse, und solange bei ihm bleibe. Er könne mich auf keinen Fall allein lassen, um mich nicht der Gefahr auszuweihen, eine Krankheit auszubekommen. Er nahm seinen Beruf bitterernst und wollte dem Militärarzt maßlose Ware liefern.

Ich wurde regelrecht eingekerkert, in das kleine Zimmerchen neben dem Ordinationsraum. Ueberhaupt sind die Zimmer in New York so klein, wie bei uns ein Schweinestall, und ich fühlte mich auch darin so wie ein junges Schwein, das gemästet werden soll. Ich mußte schon früh am Morgen mit der Nahrungsaufnahme beginnen, dann wurde ich von tomsischen Maschinen massiert und meine sämtlichen Glieder separat behandelt. Und nach jeder Mahlzeit mußte ich ein ganzes Arsenal von Putzern und Tropfen verdrücken. Ein Wunder, daß sich mein Magen darin zurechtfindet. Aber ich muß zugeben, daß sich nach drei Tagen so rund war wie eine Wurst.

Diese drei Tage waren auch gerade ausreichend, mich in diesen Seelenzustand hineinzufinden. Ich hätte schon nichts mehr dagegen gehabt, wenn es ewig so geblieben wäre. Ich fühlte mich wie eine Horemsdame, deren tägliche Sorge nur darin besteht, ihren Körper mit Margipan und Dulzichas rund zu kriegen, ihre Haut zu salben und den Sultan auf diese Weise zu erwarren. In meinem Hirn entspann sich ein unklarer Geschäftsplan, ich wollte einen Bluthandel an gros eröffnen, später würde ich mit vielen Gehilfen arbeiten, wenn ich erst älter wäre und entsprechend verdient hätte, möchte ich eben ausschließlich mit dem Blut anderer handeln...

Nachdem die drei Tage verstrichen waren, sitzen wir in ein Auto. Es war auf den ersten Blick leicht zu erkennen, daß dieser

Erna Büjning: Sechs Elefanten erstarren

Blüßlich war er krank geworden, er, der große Elefant des Zirkus Strachburger. Jahre hindurch hatte der Elefant treu gedient. In jungen Jahren war er in den Zirkus gekommen, hatte sich eingewöhnt in diese Welt voll Anruhe und Lichterglanz, voll Stallgeruch, Menschengeräusche und Bekalbrauschen. Er hatte wohl kein Erinnern mehr an Schlingpflanzen und Elefantengras und Bäume, denn der Manegelfand und das schwere Holzpodium des Elefantentalles waren keine Helms geworden.

Auf ihn war Verlaß. Herrchen und er dirigierten die ganze Elefantengruppe, er war der Spitzenelefant. Das heißt, er war der Oberkommandierende im Elefantentall, er war der Vordermann in der Manege. Er mußte, Elefanten sind schwere Jungen und darum war er es, der vor jeder Reise erst die Elefantengruppe vorzüglich mit seinem Rüssel abtastete, um sie auf diese Weise zu unteruchen, ob sie auch für Elefantengewicht geeignet seien. In jedem neuen Stall aber behüllte er auf das genaueste das Podium, ob es genügend stabil wäre.

In der Manege sorgte er für Ruhe und Ordnung. Wie einmal seine nervöse Kollegin von einem nicht richtig eingestellten Scheinwerfer geblendet wurde, stellte er sich, als ob er für ein Denkmal Modell stände, auf seine Tonne, rückte den mächtigen Leib in das prelle Scheinwerferlicht und blüßte zufrieden drein, als genosse er kostbarste künstliche Höhenjonne. Sofort ahnte seine Kollegin sein Benehmen nach, der Bestäubter stellte geschwind den Scheinwerfer richtig ein und das Publikum bemerkte kaum die Störung.

Als ein andermal ein junger, noch etwas verspielter Elefant ein vorwichtig in Pissennähe gehaltenes Programm an sich nahm, bekam der Unartige sofort einen leisen Schlag mit dem Rüssel, das bedeutete: „In der Manege ist man nicht ich und neugierig, hier ist man nur wahlzogener Zirkuselefant.“

Und nun war er krank. Er kümmerte sich nicht mehr um seine Kollegen, er hob nicht beiläufig den Rüssel hoch, wenn Herrchen kam, er geriet an seinen Ketten; denn er halte nur das Bestreben, sich abzufundern von den andern. Das ist ein Urinstinkt, nach dem das Tier handelt, wenn es ans Sterben geht.

Man stellte den Elefanten allein, Tag und Nacht wachte irgendein besorgter Mensch bei ihm. Alle möglichen Zirkushausmittel wurden ausprobiert, der Elefant gesundete nicht. Sein Kopf schwellte die an.

Obwohl der Zirkus in Schweden reiste, rief man telegraphisch einen berühmten deutschen Tierarzt herbei, der Erfahrung mit Elefanten hatte. Der Mann ließ alles stehen und liegen und zog sofort mit dem nächsten Postkutschwagen nach Schweden. Er kannte das Tier, er kannte überhaupt jeden Elefanten, der irgendwo in Europa in einem Zoologischen Garten stand oder mit einem Zirkus reiste.

Kufgedanken lauerte der Elefant auf dem Podium. Der Arzt hoffte durch eine Operation Rettung bringen zu können.

Da kopierte der Elefant noch einmal in die Manege. Er sah sich nach den Elefantkameraden um, stützte ob des Alleinseins und seine kleinen trüben Augen wurden groß. Mit dem Rüssel betastete er die Piste, er blüßte in die Manege, er sah in den leeren, unheimlich großen Zuschauerraum und er fühlte: „Ich kann nicht mehr arbeiten.“ Auf seine Weise nahm er Abschied vom Zirkus.

Herrchen tröstete ihn, schmeichelte den kranken Kolb und gutmütig ließ der sich fesseln und legte sich freiwillig.

Das Herz war schon schwach, es ertrug keinerlei Aufregungen mehr und der Elefant starb am Herzschlag während der Operation. Er wurde sezert und der Arzt erkannte, das große Tier war an Tuberkulose gestorben.

Draußen spielte bereits die Zirkuskapelle, um den Abendgästen einen freundlichen Empfang zu bereiten und in der Manege lag nach der tote Elefant. Aber die Vorstellung findet statt, mag hinter der Zeitwand und in den einzelnen Wohnwagen passieren, was da will.

Die Arbeitselefanten wurden in die Manege beordert, sie sollten

Wagen nicht dem Doktor, sondern dem Bleikönig gehörte. Es war ein richtiger Wagon, innen mit allem Komfort ausgestattet. Es gab darin Betten, einen Schreibtisch, eine Bibliothek, ja sogar eine nette, kleine Küche. So wahr ich lebe! Es ist eben kein Unsinn, wenn man Dollarmilliarden hat.

Der Doktor erzählte, das Mr. Cartel seinen Landsitz bewohnte, unweit von New York. Aber ich kannte bereits die amerikanischen Nähe und es überraschte mich nicht, als das Auto zwei Tage und zwei Nächte lang unentwegt durch das Land fuhr, ehe wir hinkamen.

Am Ende des zweiten Tages kamen wir bereits durch eine voll-kommen verwilderte Gegend. Keine Stadt, kein Dorf, nicht einmal verstreute Farmen gab es, nur Wälder, Wälder überall. Aber die Straße war asphaltiert und glatt wie ein Spiegel. Nicht nur unsere, auf der wir fuhren, auch die Nebenstraßen, die rechts und links ins Dickicht verschwanden, waren mit Asphalt bedeckt. Diese Beobachtung teilte ich auch dem Doktor mit, aber er erwiderte trocken:

„Das ist kein Wald, das ist Mr. Cartels Privatpark.“

Selbst mit meinen mangelhaften botanischen Kenntnissen konnte ich feststellen, daß der Park aus lauter edlen Eichen, Platanen und Pinien bestand, ja wir begegneten auch der königlichen Zeder häufig. Ich wollte dem Doktor zeigen, daß auch ich kein kompletter Idiot sei, ich erwähnte also mit wissender Miene, daß wir, nach den Bäumen zu schließen, uns ziemlich weit im Süden befinden mochten. Aber er spuckte nur verächtlich in weitem Bogen den Saft seines Kautabaks von sich und erwiderte läch, das Gegenteil sei wahr, denn wir führen nordwärts, nahe der kanadischen Grenze. Alle diese seltenen Bäume seien auf Mr. Carters Befehl samt ihrer Muttererde aus Kalifornien gebracht und hier eingepflanzt worden.

Jetzt schien es mir natürlich unbegreiflich, wie die Bäume in diesem rauhen Klima so prächtig fortleben konnten. Aber auch dieses Geheimnis löste sich bald. Auf Schritt und Tritt blüßte das dunkle Wasser verzweigter Kanäle aus dem Dickicht hervor, und diese Kanäle dampften in der frischen Morgenluft wie feuerpeisende Krater. Auf den Wasserspiegeln blühten herrliche ägyptische Nymphen. Der Schlüssel des Geheimnisses war gefunden: es gab hier warme Quellen, und sie bedingten den tropischen Charakter der Gegend. Aber der Doktor fuhr mir wieder über den Mund:

„Hier gibt es keinerlei Naturquellen. Auf Mr. Cartels Befehl wird aus einem zentralen Reservoir unentwegt heißes Wasser durch die ganze Gegend geleitet. Darum gibt es hier auch im Winter keinen Frost.“

Erst jetzt sah ich mich voll Staunen und Entsetzen in diesem Park um. Alles gab es hier: Gebirge, Höhlen, Teiche, Sümpfe, Schluchten; alle wirksamen Tricks der Natur, die sonst der Zufall hier und dort ausstreut, waren auf einem Haufen zu finden — auf Mr. Cartels Befehl.

Wir jagten mindestens eine Stunde lang durch diesen Park, ehe wir das Kastell erreichten.

(Schluß folgt.)

ihren toten Kameraden herausziehen. Die Arbeitselefanten sind die Umlichter. Sie rangieren beim Verladen fast selbständig die Elefantwagen, sie ziehen die Kälte der Raubtiere und die rollenden Behausungen der Menschen. Sie schieben mühsam und in unerschütterlicher Ruhe die ganze Zirkusstadt zusammen. Mögen die Güterbahnhöfe für einen Zirkustransport noch so ungünstig liegen, mag der Boden, auf dem ein Zirkus erhebt, noch so uneben sein, so daß die Raupenschlepper ihn erst glätten müssen, in all der verwirrenden Geschäftigkeit geht der Arbeitselefant seinen Weg. Seine einzige Bitte scheint zu sein: „Herrchen höre mich nicht, zeige mir nur, was ich tun soll.“ Und wirklich, der Elefant beherrscht jede Situation.

Nun kamen die Arbeitselefanten in die Manege. Sie waren im Gehirte, sie wußten, sie sollten arbeiten. Aber keiner zog an, keiner ließ die Stricke seines Gehirns festmachen an dem Leinwand seines Freundes. Man verfuhrte es mit einem Elefanten nach dem anderen, aber sechs Elefanten erstarren im Schreck. Kein gültiges Zureden half. Sie standen wie die Mauer. Sie waren nicht zu bewegen, auch nur einen Schritt näher an den Toten heranzugehen.

Kein kluger Mensch jedoch untersteht sich, einen Elefanten zu reizen. Man beruhigte die Tiere, man führte sie ab. Dann schleppten dreißig Menschen unter Achzen und Mühe den toten Elefanten aus der Manege.

Abends hingegen, als die Musik spielte und ein prächtiger Sternenhimmel über dem schneidigen Südtoren stand, kamen die Elefanten ruhig in die Manege. Hatten sie ihr Drauen bereits vergessen oder trieb sie ihr Pflichtbewußtsein?

Kunstgewerbliche Emailarbeiten

Die uralte Emailtechnik läßt sich nach dem üblichen Verfahren in drei Arten einteilen. Emailieren kann man überhaupt bezeichnen als die Kunst, verschiedenfarbige Glasarten unter Hitze auf einen Kupfergrund aufzuschmelzen. Das erste, typisch als byzantinische Methode bezeichnete Verfahren bestand darin, die Zeichnung mit Hilfe von schmalen Gold- oder Silberdräben bzw. Rändern auf den Kupfergrund abzugrenzen und die so entstehenden Zwischenräume mit den gepulverten und angefeuchteten Emailformen auszufüllen. Nach dieser Methode wurde daher jedes Feld, innerhalb seiner eigenen scharf abgegrenzten Wälle, das heißt innerhalb seiner eigenen Umrandung verschmolzen. Jede Form sah also gewissermaßen in ihrer eigenen Zelle, genannt Cloison, woher die Methode den Namen Cloisonarbeit erhielt. Die Oberfläche wurde danach sorgfältig mit Bimsstein poliert und mit Holzkohlenpulver gereinigt. Bei der zweiten Methode benötigte man keine aufgeschmolzenen Golddräben zur Herstellung der Zellen, sondern man hämmerte auf dem Kupfergrund Höhlungen zur Aufnahme der Schmelzflüsse aus, die daher durch die stehengebliebenen Ränder der Zellen am gegenseitigen Verschmelzen verhindert wurden. Diese Arbeit nennt man Champagné. Sie ist in vielen guten Stücken erhalten. Die dritte Art der Emailtechnik ist verhältnismäßig modern. Beim Arbeiten nach ihr werden die Emailfarben feucht aufgetragen, gewissermaßen aufgemalt, und das fertige Stück hat, wie zum Beispiel die Arbeiten der hervorragenden Künstler von Limoges beweisen, all den Glanz, die Flüssigkeit und dekorative Wirkung von Delgemälden.

Neue Einteilung der chemischen Elemente. Die Trennung in Metalle und Metalloide oder Nichtmetalle entspricht heute dem Stande der Wissenschaft nicht mehr. Man kennt jetzt vier Gruppen von Elementen, und zwar: 1. Edelgase, die Elektronen weder aufnehmen noch abgeben; dazu gehören z. B. Helium, Argon, Neon. 2. Metalle, die leicht Elektronen abgeben. 3. Amphoter, die Elektronen leicht abgeben und aufnehmen, z. B. Kohlenstoff. 4. Binder, die Elektronen einzufangen suchen, wie Sauerstoff, Stickstoff, Chlor usw.

Empörende Siemens-Demagogie

Herr C. F. von Siemens soll sich sein Lehrgeld zurückzahlen lassen.

In den gestrigen Generalversammlungen der Siemens und Halske A.G. und der Siemens-Schuckert-Werke A.G. wurden die Dividenden von 14 Proz. für Halske und von 7½ Proz. für Schuckert beschlossen. Eine sehr unerfreuliche Begleiterscheinung dieser Generalversammlung war eine Rede des Herrn Karl Friedrich von Siemens, die ein Höchstmaß an Kurzsichtigkeit und empörender Demagogie darstellt. Herr von Siemens hatte mit Recht das Bewußtsein, daß er angesichts der Lohnpolitik, die unter seiner Führung in Berlin gemacht wird, die hohen Gewinne und Dividenden im Siemens-Konzern vor der Öffentlichkeit rechtfertigen müsse. Er benützte die Gelegenheit aber auch, um Theorien zu verzapfen, bei denen man sich wirklich fragen muß, ob dieser Wirtschaftsführer nicht in der Tat sich sein Lehrgeld zurückzahlen müßte.

Zur 14prozentigen Dividende von Siemens u. Halske sagte Herr von Siemens, daß man mit der stabil gehaltenen Dividende

die Aktionäre befriedigen wollte.

die nicht wegen der Kurspekulation, sondern wegen der Rente Siemens-Aktien erwerben und daß man sich bemühen müsse, diejenigen nicht zu enttäuschen, „die uns ihr Geld zur Verwertung gegeben haben“. Was Herr Siemens hier ausspricht, ist für kapitalistische Gehirne nichts Ueberraschendes. Es bedeutet nur, daß Wirtschaftsführer wie Siemens bemüht sind und es für richtig halten, den Aktionären eine möglichst hohe Dividende zu garantieren. Empörend wird aber eine Haltung durch die Rekrutierung dieser Profitpolitik. Ihre nackte Konsequenz besteht nämlich darin, daß, wenn man auch in einer Wirtschaftskrise den Aktionären um jeden Preis eine Dividendengarantie zu geben bemüht ist, daß dann ein ganz systematischer Lohndruck unermesslich ist.

Herr von Siemens hat sich nun in der Generalversammlung bemüht, für diese Konsequenz eine besondere Theorie aufzustellen, statt ehrlich die Absicht des Lohndrucks als Konsequenz der gewollten Dividendengarantie in einer Wirtschaftskrise zuzugehen, was jedem Wirtschaftsführer, der es ehrlich meint, gut anstehen würde. Herr von Siemens wollte dieses Lab nicht verdienen.

Lohn- und Profittheorie des Herrn von Siemens.

„Der Industrielle hat das größte Interesse“, so beteuert Herr von Siemens, „an ausreichenden, ja hohen Gehältern und Löhnen des in abhängiger Stellung befindlichen weitüberwiegenden Teiles der erwerbstätigen Bevölkerung. Man hat nicht bedacht und auch keine Warnungen gehört, daß hohe Ausgaben der öffentlichen Hand, die doch der Verbesserung des Lebensstandards des Volkes dienen sollen und die Abnahme der Sorge durch den Staat für das Wohl des einzelnen in Not und Alter bezwecken, eine sehr starke Drosselung des baren Einkommens der arbeitenden Bevölkerung bedeuten müssen. Für die Preisstabilisation ist es unerheblich, unter welchem Konto die Ausgaben entstehen, ob sie als Steuern, soziale Ausgaben oder als Lohn verbucht werden. Allen die Summe, nicht die Unterteilung ist maßgebend. Hohe Staats- und Sozialausgaben bedeuten niedrige Löhne, das ist ein Gesetz, gegen das kein Theoretiker, Sozial- oder sonstiger Politiker handeln kann, ohne daß diejenigen darunter am stärksten zu leiden haben, in deren vermeintlichem Interesse dieser unnatürliche Zwang der Wirtschaft auferlegt wird.“

Für Herrn von Siemens gibt es bei der Steigerung der öffentlichen Ausgaben keine Reparationen, keine Industriesubventionen, nicht die riesenhaften Aufwendungen für die Landwirtschaft, nicht die die Fehlinvestitionen in der Industrie fördernden erheblichen Steuererleichterungen, auch nicht die Kapitalverschwendung bei den Unternehmern, über die die Großbanken Herrn Siemens wohl aufklären könnten: alle Rote in der deutschen Wirtschaft sind für Herrn von Siemens der gewerkschaftlichen Lohnpolitik bzw. der Lohn- und Sozialpolitik überhaupt zu verdanken. Das sagt Herr von Siemens, nachdem sich die Gewinne seines Konzerns auf das Mehrfache erhöht haben (warum wird übrigens über die Steuern in den Siemensbilanzen nichts mitgeteilt?) und nachdem Herr von Siemens gerade ausgeführt hat, daß er für seinen Betrieb, gleichviel ob Konjunktur oder Krise herrscht, die Stabilität des Profits wünscht! Das sagt Herr von Siemens, nachdem heute der 800-Millionen-Umsatz mit 113 000 Arbeitern bewältigt wird, während er für einen 500-Millionen-Umsatz noch 112 000 Arbeiter brauchte, das sagt er nach einem Abbau von 24 000 Arbeitern und Angestellten in derselben Zeit, in der man die Dividende auf 14 Proz. stabilisiert!

Im letzten Geschäftsbericht ist festgestellt worden, daß der Lohnanteil bei Siemens ständig gesunken ist; aus unseren obigen Angaben ergibt sich, daß sich die Arbeitsleistung der Belegschaften in wenigen Jahren um 50 bis 60 Proz. erhöht hat. Was aus diesen Mehrleistungen der geschundenen Belegschaften sich an Wert-erhöhung ergibt, das darf um keinen Preis in sozialen Leistungen des Staates, das darf um keinen Preis in besseren Arbeitsbedingungen zum Ausdruck kommen, daß muß der Stabilität der Dividende, das muß den Aktionären, von denen die Siemens-Familien selbst die größten sind, zur Verfügung gehalten werden!

Herr von Siemens bringt es fertig, die alte Lohnfondstheorie wieder aufzuwärmen, die auf der Annahme beruht, daß Löhne und Kapital immer in einem festen Verhältnis zueinander stehen.

merkt gar nicht die Brutalität,

mit der er sie anwendet, wenn er den Aktionären auch unter Krisenverhältnissen den alten Profit, den Arbeitern und

Angestellten aber nicht nur schlechtere Arbeitsbedingungen, sondern auch, und zwar im Ingenieur- und kaufmännischen Büro wie auch in den Fabriken, eine kaum mehr zu übersteigernde Ausbeutung der Arbeitskraft zuweist. Daran ändern auch die lächerlichen Beispiele nichts, mit denen er vor seinen beifallsfreudigen dividendengefährigten Aktionären seine lächerliche Theorie glaubte schmuckhaft machen zu können.

Im übrigen ist festzuhalten, daß auch Herr von Siemens die Fehlinvestitionen in der deutschen Industrie bestätigt. Er führte aus, daß die Produktionsstätten in Deutschland weit mehr als ausreichend für den in der nächsten Zukunft vorhandenen normalen Bedarf seien und daß manches Kapital in Steinen und Eisen, womit Fabrikanlagen geminnt sind, brach liegen bleiben müsse.

Bemerkenswert ist auch noch eine Feststellung über die Gehälter der Direktoren. Gegenüber der von anderer Seite ausgesprochenen Behauptung, die 25 Direktoren bezögen 12½ Millionen Mark, bemerkte Herr von Siemens, daß die Gesamtbezüge der Vorstände, und zwar Gehalt und Tankieme, im Jahre 1928/29 im Konzern und in den zu 100 Proz. beherrschten Untergesellschaften nur 1,23 Proz. der Gesamtlohn- und Gehaltssumme ausgemacht haben. Wir erlauben uns, obwohl Herr von Siemens dieses Prozentverhältnis nennt, das bei 300 Millionen Löhnen und Gehältern nur 3,75 Millionen für 25 Direktoren ausmachen würde, das heißt pro Kopf 150 000 Mark, solange an diesen Angaben zu zweifeln, bis uns die Richtigkeit nachgewiesen wird.

Die Preussische Wohnungsbaubank

Sehr günstige Entwicklung der Preussischen Landespfandbriefanstalt.

Die Preussische Landespfandbriefanstalt, deren 28,4 Millionen Kapital mit 27,1 Millionen in der Hand des preussischen Staates liegt, und die in erster Linie der langfristigen Kapitalbeschaffung im Kleinwohnungsbau dient, meldet für 1930 einen neuen starken Aufstieg. Der Hypothekenbestand vermehrte sich von 161 auf 250 Millionen, die Kommunalanleihen nahmen von 26 auf 54 Mill. Mark zu. Der Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen hat sich — nach Abzug der eigenen Bestände von 7,13 Mill. — von 181,2 auf 289,7 Mill. Mark, also um rund 56 Proz. in einem Jahr erhöht.

Die Einnahmen aus den entsprechenden Zinsen sind von 12,79 auf 20,38 Mill. gestiegen. Auf der Ausgabenseite vermehrten sich die Verwaltungskosten durch die Ausdehnung des Betriebes von 1,07 auf 1,35 Mill. Mark. Bei dem Reingewinn zeigt sich allerdings eine Steigerung nur von 2,38 auf 2,54 Mill., woraus zu schließen ist, daß vor Ausweisung der Einnahmen Reserven gebildet worden sind, die man in der Bilanz bei dem Posten sonstige Kreditoren buchen darf, die von 10 auf 12,9 Mill. erhöht sind. Als Dividende werden die für gemeinnützige Institute nach oben begrenzten 5 Proz. an die durchweg öffentlichen Aktionäre verteilt, was einem Betrage von 1,42 Mill. entspricht. Zum Reservefonds kommen 0,97 Millionen.

Der Geschäftsbericht stellt fest, daß mit dem Steigen der Arbeitslosigkeit eine weitere Verringerung der Nachfrage nach Wohnungen eingetreten ist. Besonders in großen Industriestädten sei auch heute der vorhandene Wohnungsbedarf noch immer nicht gedeckt. „Wenn trotzdem Vermietungsschwierigkeiten in einzelnen Fällen bestehen, so sind sie ein Beweis für die wirtschaftliche Not der Bevölkerung, deren Einkommen zur Bestreitung des Mietaufwandes nicht ausreicht.“ Die jetzt noch benötigten Wohnungen müßten einfacher und billiger gebaut werden, um die Miete tragbar zu gestalten. Eine weitere Erhöhung der Altmieten sei bei der augenblicklichen Lage nicht vertretbar und die Differenz zwischen Alt- und Neubaumieten könne nur durch Senkung der letzteren herbeigeführt werden. Es sei für die Zukunft von erheblicher Bedeutung, die eingetretene Baukostenentlastung durch weitere Maßnahmen zu sichern. Wenn dann gesagt wird, daß dazu auch eine Anpassung der bausewerischen Löhne gehört, so sind wir der Meinung, daß ein staatliches Institut derartige Bemerkungen den privaten Bauunternehmern überlassen kann, die ohnehin nicht auf den Mund gefallen sind.

Bemerkenswert ist die positive Einstellung der Preussischen Landespfandbriefanstalt zum siebenprozentigen Pfandbrief. Daß es im vergangenen Jahre nicht gelungen sei, den achtprozentigen Pfandbrief ganz aufzugeben, sei in der politischen Entwicklung begründet, die Mitte des Jahres nicht voraussehen gewesen sei. Es bestehe ein dringendes Interesse daran, den siebenprozentigen Pfandbrief aufrechtzuerhalten. Das ist auch unsere Meinung. Die Schuld dafür aber, daß der siebenprozentige Pfandbrief überhaupt bedroht werden konnte, tragen die

Nationalsozialisten und deren Eintreten in die Politik, der überhaupt den Kredit in Deutschland um 2 Proz. verteuert hat. Mit Sicherheit würde heute schon ein 6½- oder 6prozentiger Pfandbrief in Deutschland bestehen und im Ausland sehr gut abgesetzt werden, wenn die nationalsozialistische Welle nicht die katastrophale Kreditversteuerung auch auf dem langfristigen Markt herbeigeführt hätte.

Die Mieten könnten für jedes Prozent, um das der Hypothekarkredit auf Dauer verbilligt würde, allgemein um 10 Proz. gesenkt werden. Das Auftreten der Nationalsozialisten hat auch diese Verbilligung verhindert. So wirkt sich das Eintreten der Nationalsozialisten in die Politik aus.

Wir sind der Meinung, daß ein öffentliches Pfandbriefinstitut derartige Dinge auch selbst feststellen und mit Zahlen belegen dürfte. Das ist mindestens ebenso wichtig für die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Entwicklung in der Wohnungs- und Bauwirtschaft wie die durchaus wertvollen Ausführungen, die sonst im Geschäftsbericht der Preussischen Landespfandbriefanstalt zu lesen sind. Wenn es gegen Steuer-, Sozial- und Lohnpolitik geht, nehmen die entsprechenden Privatunternehmungen auch kein Blatt vor den Mund, und wir glauben, daß staatliche Institute zu einer entsprechenden Kritik nicht zu gut sein brauchen.

Die Arbeit der Preussischen Landespfandbriefanstalt galt auch 1930 in erster Linie dem Kleinwohnungsbau. Bis Ende 1930 wurden insgesamt 67 427 Wohnungen finanziert, von denen auf Wohnungen mit Küche und ein bis drei Zimmern 87 Proz. entfielen und auf Wohnungen mit ein bis zwei Zimmern 57 Proz. Die Summe der Zwischenkredite ist gegen das Vorjahr in der Bilanz von 41 auf 11 Millionen zurückgegangen, obwohl die Kreditgewährung während des ganzen Jahres mit 76 Mill. noch fast um 3 Mill. Mark höher war. Für das Baujahr 1931 sind also offenbar weniger Zwischenkredite zur Verfügung gestellt worden, was die Erwartungen für die Baukonjunktur nicht verbessern kann.

Tiefstand der Reichsbankkredite.

Nach dem Reichsbankausweis zum 23. Februar ist der Bestand an Handelswechseln um 83,5 auf 1525,6 Millionen gesunken, Reichsbankwechsel waren ausverkauft. Die Lombardkredite nahmen um 13 auf 85,3 Millionen zu, was wohl mit dem diesmal nur fünfjährigen Abstand des Ausweletages vom Monatsende, d. h. mit den Ultimovorbereitungen der Banken zusammenhängt. Aus dem gleichen Grunde wird sich auch die Zunahme der fremden Gelder auf Girokonto um 151,2 auf 401,3 Millionen erklären. Der Notenumlauf verringerte sich weiter um 192,9 auf 3704,4 Millionen einen abnorm niedrigen Stand. Die Goldbestände sind um 11,3 auf 2255,6 Millionen vermehrt, die Deckungsdevisen haben sich um 5,7 auf 173,4 Millionen verringert.

**UNSER
GRUNDSATZ:
PREISENKUNIG
UND QUALITÄTS-
STEIGERUNG**

12⁵⁰

FUR DAMEN:

schwarz, braun, Lack und feinfarbig

14⁵⁰

FUR HERREN:

schwarz, braun und Lack



Mercedes-Schuhe

In Berlin eigene Verkaufsstellen an allen Hauptverkehrspunkten

Bernünftige Agrarpolitik!

Reichstagsrede des Genossen Dobbert.

Die Mittwochsitzung des Reichstags begann mit einer heftigen Rede des Abg. Schröder-Merleburg (Komm.) gegen die Verhinderung der Umzüge, die seine Partei am gleichen Tage veranstalten wollte. Am Widerstand rechts scheiterte das Verlangen, Anträge gegen das Demonstrationverbot und für Arbeitsbeschaffung auf die Tagesordnung zu setzen.

In der fortgesetzten Haushaltsdebatte über Ernährung und Landwirtschaft spricht Abg. Renken (Christ.) im Sinne des Ministers Schiele für Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen in erster Linie. Abg. Freybe (Wp.) warnt vor sozialistischen Tendenzen in der Wirtschaftspolitik. Wer die freie Wirtschaft wolle, müsse jeden Staatssozialismus ablehnen. Wir haben nie etwas vom Staat bekommen oder gewonnen. (Lebhafter Widerspruch links.)

Abg. Dr. Fehr (Bayer. Bauernbund) ermahnt an, daß der sozialdemokratische Redner Tempel nicht in landwirtschaftlichem Sinn gesprochen hat. Wenn man die Agrarfrage als Subventionierung der Landwirtschaft hinstellt, so würde die gleiche Betrachtungsweise bei den Industriebetrieben zu dem Ergebnis führen, daß jeder Käufer eines deutschen Autos dieser Industrie 1500 Mark Subvention gibt und jeder Ankäufer die deutsche Textilindustrie subventioniert. Trotz der deutschen Zölle sind unsere Lebensmittelpreise nicht höher, vielmehr sogar niedriger als in Moskau, New York und Prag. (Der Redner verliest entsprechende Vergleichszahlen.) Die Reichssubventionen für die Landwirtschaft betragen nur 36 Millionen in diesem Haushalt. Die USA stellen durch das Farmergesetz den Landwirten hunderte Millionen zur Verfügung, so machen es fast alle Länder, auch die Demokratien Schweiz und Dänemark. Die Landwirtschaft würde gern auf alle Subventionen verzichten, wenn man nur ihre Wirtschaftlichkeit wiederherstelle. Wir müssen anerkennen und dürfen nicht vergessen, daß die Sozialdemokratische Partei vor zwei Jahren ihr früheres Dogma unbedingter Gegnerhaftigkeit gegen Agrarzölle und unbedingten Freihandels an Freihandel aufgegeben und für den Schutz der Landwirtschaft gestimmt hat. (Zurufe links: Wohel es nicht entscheidend ist, ob das Dogma für alle Zeit aufgegeben worden ist.)

Abg. Hörne (Komm.) wendet sich gegen die Behauptungen von einem fühlbaren Preissturz der Lebensmittel und weist aus den amtlichen Wirtschaftsberichten nach, daß dieser Preisabbau bestenfalls 50 Pf. pro Woche und Familie bedeutet bei 8 Mark Lohnreduktion.

Der Weizenpreis wird künstlich auf der dreifachen Höhe des Preises viel besseren Weizens aus Kanada und USA. im Hamburger Freihafen gehalten.

Unter heftigen Angriffen auf die Sozialdemokratie und die GED. beipflichtet der Redner die Angelegenheit der Gefrierfleischzufuhr und der Beihilfung von Frischfleisch für Unbemittelte. Des Ministers Worten über den Bauernstand und gegen die Landflucht hält der Redner das Elend der Kleinbauern, den Pacht- und Steuerdruck entgegen und dem wiederum den russischen Fünfjahresplan, der das Heil bringe.

Abg. Meier zu Belm (D. Wp.) spricht die Zustimmung seiner Fraktion zum Programm des Ministers Schiele aus, behält ihr aber die Entscheidung vor, bis die Vorlagen eingebracht sind; der Redner äußert sich gegen ein Reichsmonopol auf Südrüchte.

Abg. Hillebrand-Schlesien (D. Wp.) betont das Bestehen seiner bäuerlichen Berufsorganisation und weist auf deren Notlage hin, deren Steigerung nur die Arbeitslosigkeit vergrößern würde. Zum Beweis dafür, daß Zölle nicht Preissteigerung nach sich ziehen, beruft sich der Redner auf die Roggensteuergesetze des Sozialdemokraten Dr. Baade; danach ist der Brotpreis trotz mehrfacher Zollerhöhung in der gleichen Zeit erheblich zurückgegangen. Die Preisfälle, unter der mir uns hier 1928 unter einem sozialdemokratischen Reichsfinanzler geeinigt haben, müßte endlich erreicht werden. Entgegen dem „Vorwärts“ vom 22. dieses Monats erklärt der Redner, daß der Antrag seiner Partei nicht den Großgrundbesitzern helfen solle, die ja selbst Brennereien haben, sondern den Bauern die Abnahme der Kartoffeln zu Brennerei- und Industriezwecken sichern solle, was in einem solchen Rekordartefaktjahr wie 1930 unerlässlich sei. Zum Schluß bekämpft der Redner den Handelsvertrag mit Polen wegen der davon drohenden Massenimporte billiger Schweine. Der russische Fünfjahresplan rückt dem Zeitpunkt nahe, wo russische Industriemeren zu ebensolchen Schleuderpreisen exportiert werden wie jetzt schon russische Landeserzeugnisse.

Abg. Dobbert (Soz.):

Die agrarischen Forderungen, die der Minister als Agrarradikalismus bezeichnet hat, können höchstens von einem kleinen Interessentenhaufen in Deutschland gebilligt werden, aber sonst von niemand in deutschen Volk. Mit den deutschen Exportinteressen wäre eine Handelspolitik, wie sie gewisse Anträge der Rechten erstreben, nicht vereinbar. Wenn wir die Genfer Konvention zum Geleit erheben wollen, können wir eine derartige Politik nicht machen. Eine Agrarpolitik, die nicht auch den Interessen der Ver-

braucher dienen will, wird das deutsche Volk nicht für sich gewinnen, und sie wird dem Verbraucher auch nicht Verständnis für die Landwirtschaft beibringen.

Die Reden auf der „Grünen Woche“, gehalten im Geiste offener Reaktion, zeigen eine Richtung, von der die Landwirte abzurücken allen Grund haben.

Politik der arbeitenden Bauern stellen wir in den Vordergrund gemäß unserem Agrarprogramm.

Minister Schiele hat die Herabsetzung der Zinslasten als notwendig bezeichnet. Dem stimmen wir zu. In welcher Richtung will der Minister diese Verhandlungen mit den Kreditgenossenschaften führen, welches konkrete Ziel hat er vor Augen? Will die Regierung alle Energie anwenden, um diese Zinsnechtheit zu brechen? Sie kann es, denn sie hat die Machtmittel, nur mag sie hoch nicht die Verhandlungen allzu lange hinziehen! 90 bis 100 Millionen sind nach Darstellung der preussischen Zentralgenossenschaftskasse erforderlich, um die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu sanieren.

Da hätte man sich doch die Arbeitergenossenschaften zum Vorbild nehmen sollen, die ohne jede Hilfe aus öffentlichen Mitteln sich entwickelt und erhalten haben.

Die deutschen Landarbeiter werden heute nicht entsprechend ihrer hochqualifizierten Arbeit bezahlt — sie haben einen vollberechtigten Anspruch auf besseren Lohn. Man vergesse bei der Hilfe für das Land diese Arbeiter mit ihrer so langen Arbeitszeit nicht! (Sehr wahr! links.) Die Erwerbslosenunterstützung für einen Landarbeiter mit einer dreiköpfigen Familie beträgt 12 Mark wöchentlich, sein Arbeitseinkommen 17 bis 18 Mark — da kann natürlich die Landarbeit nicht sehr starken Zugang haben.

Ohne die deutsche Sozialpolitik aber wäre die Kaufkraft der arbeitslosen Massen so gering, daß die Landwirtschaft noch viel weniger Absatz finden würde.

als jetzt. Da sollten gewisse Landwirte doch die geradezu infauste Hege gegen die Sozialpolitik einstellen! (Lebhafte Zustimmung links.) Von „Subventionen“ an die Sozialversicherung kann doch kein Bernünftiger sprechen, diese dienen doch nur der Aufrechterhaltung wenigstens eines bescheidenen Lebensniveaus der Volksgenossen. Verschärfung der einseitig landwirtschaftlichen Politik würde den Absatz landwirtschaftlicher Produkte steigern.

Gegenüber den sozialpolitischen Absichten des Ministers unterstreichen wir die Einmündigkeit des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie u. a. m.; die Exportmöglichkeiten dürfen nicht durch einseitige Agrarpolitik verschüttet werden.

es bleibt uns keine andere Wahl, als eine Agrarpolitik zu treiben, die mit Exportförderung vereinbar ist.

(Sehr richtig! links.) Darüber sollten Sie (nach rechts) die Bauern aufklären, die man so tief gegen den neuen Staat, die Republik, und uns verhetzt hat.

Gegenüber Dr. Fehr stelle ich fest, daß schon Karl Marx und Friedrich Engels nicht grundsätzlich und ausschließlich Freihandelsanhänger waren. Wir richten uns da nach den augenblicklichen Notwendigkeiten und wünschen eine Wirtschaftspolitik wie unter der Regierung Müller, natürlich mit Anpassung der damals geplanten Preise an die heutigen Verhältnisse.

Der Wirtschaftspartei werden die Landwirte nicht verhehlen können, daß

der Weg vom Produzenten zum Verbraucher heute zu lang

ist. Die Gedanken der Planwirtschaft werden sich durchsetzen, sie gewinnen in dieser Zeit Anhang und der Mittelstand wird sehen müssen, in der planmäßig geordneten Wirtschaft seinen Platz einzunehmen.

Im Ausland spricht man von „revolutionärem Opportunismus“. Sie aber (zum Abg. Hörne) greifen hier die GED. an, weil sie feinerzeit billiges Fleisch für die Ärmsten gesichert hat!

So tief sich diese Kommunisten in ihrer Kompensweise schon gefunken!

Wir gehen den Weg unserer volkswirtschaftlich orientierten gesunden Bauernpolitik weiter. Wir wollen dafür sorgen, daß dazu geeignete Bauernhöfe Land bekommen und zwar dort, wo eine Bodenreform notwendig ist wie im Osten — ohne daß deswegen der Großbetrieb belastet wird, der seine bestimmte Funktion hat. Diese Bauernpolitik liegt auch im Interesse des Industrieproletariats. Wir fordern die Berücksichtigung unserer im Reichstag und in der Presse vorgebrachten Kritik. Geschicht das nicht, dann fürchten wir Schiffbruch für die gesamte deutsche Volkswirtschaft; da wir aber ihr Bestes wollen, vertreten wir die Politik, die von den sozialistischen Theoretikern und Praktikern vorgezeichnet ist. (Lebhafte Beifall der Soz.)

Nach einer Rede des Abg. Bed-Oppeln (S.), der u. a. behauptet, die verbliebenen Wiesen schrien geradezu zum Himmel (Heiterkeit), wird die Weiterberatung um 20.15 Uhr auf heute, Donnerstag, 12 Uhr, vertagt.

Die Rotendeckung hat sich weiter von 62,5 auf 65,9 Proz., das ist fast zwei Drittel mehr als die gesetzliche Deckung, verbessert. Dieser Ausweis zeigt eine rekordmäßige Unterbeschäftigung der Reichsbank. Sie hängt zweifellos entscheidend mit der zusammengekrümpften Wirtschaftstätigkeit zusammen, erklärt sich aber auch daraus, daß die dritte Februarwoche ohnehin für die Reichsbank einen saisonmäßigen Tiefstand der Geschäfte bringt.

Öffentliche Hand rettet Stahlwerk.

Die Sanierung der Döhlener Gießhüttenwerke beschlossen.

Die am Mittwoch in Dresden stattgefundene Generalversammlung der Sächsischen Gießhüttenwerke Döhlen genehmigte die Sanierung des Unternehmens. Der Verlust von rund 3,4 Millionen Mark wird teils aus Rücklagen, teils aus der Sanierung gedeckt. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Sanierung durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 4:1 von 8,8 auf 2,2 Millionen Mark und die Wiedererhöhung des Kapitals um 3,8 auf 6 Millionen Mark. An dem neuen Kapital beteiligte sich in der Hauptsache der sächsische Staat mit 2,4 und die Stadt Freital mit 1 Million Mark, um nicht etwa 1000 Arbeiter mit ihren Familien der Erwerbslosigkeit anheimfallen zu lassen. Das neue Kapital steht bereits zur Verfügung.

Der Sitz der Gesellschaft wurde nach Freital verlegt. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß gegenwärtig die Beschäftigung schlecht sei. Man werde aber künftig an Zinsen und Abschreibungen sparen können. In diesem Sinne hält der Vorsitzende auch eine Senkung der Steuern und der Löhne für notwendig. Damit dürfte der Vorsitzende sich das Wohlgefallen der drei Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie erworben haben, die neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden. Als Vertreter der sächsischen Regierung wurde Geheimrat Floren in den Aufsichtsrat gewählt.

Eine neue Baupolize.

Baufirma Carl Koerner stellt die Zahlungen ein.

Die Krise scheint die längst fällige Bereinigung der deutschen Bauindustrie herbeizuführen. Jetzt, da die privaten Aufträge geringer geworden sind, da vor allen Dingen die öffentlichen Mittel für öffentliche Bauten und zur Förderung des Wohnungsbaues stark verknappt sind, wird offenbar, wie unsolid die Finanzierungsmethoden vieler Baufirmen sind. So scheint auch die jetzt in Schwierigkeiten geratene Baufirma Carl Koerner, Berlin, immer neue Bauten in Angriff genommen zu haben mit Mitteln, die für die Finanzierung früher begonnener und fertiggestellter Bauten bestimmt waren.

Die Firma Koerner hat sich hauptsächlich am Berliner Wohnungsbau beteiligt. Da aber die Reichsregierung einen Teil der Hauszinssteuermittel, die früher für den Wohnungsbau verwendet wurden, zur Senkung der Realsteuern bestimmt hat, kann auch die Berliner Wohnungsfürsorge in diesem Jahre nur erheblich geringere Summen, die über das ganze Jahr gestreckt werden müssen, als Bauzuschüsse zu teilen. Offenbar hat man aber bei Koerner mit einer Zuteilung in der alten Höhe und zu früheren Zeitpunkten gerechnet und sich deshalb an neuen Bauvorhaben übernommen. Neue Kredite hat sie nicht bekommen, zumal ihre ausstehenden Forderungen recht unsicher zu sein scheinen. So sind ihr bei einer angeblichen Forderung von 260 000 Mark gegen die städtische gemeinnützige Gesellschaft „Primus“ von einem Schiedsgericht nur 130 000 Mark zugesprochen worden.

Der Umsatz im Geschäftsjahr 1930 soll 25 Millionen Mark betragen haben. Die Firma gibt ihre Paktia mit 2,6 Millionen Mark an, denen Aktiva in Höhe von 1,3 Millionen Mark gegenüberstehen. Die Kredite der Bank sind voll gesichert. Die Zweigfirma in Bützow (Pommern) soll einen Auftragsbestand von 2 Millionen Mark haben, dessen Finanzierung durch Staatsmittel gesichert sei.

Bankzusammenbruch in Berlin.

Die private Berliner Bankfirma Carst u. Co. hat ihre Zahlungen eingestellt, nachdem nach einer Erklärung der Firma anhaltende Abhebungen der Rundschau dazu gezwungen haben. Bei ruhiger Abwicklung hofft man die Verpflichtungen voll erfüllen zu können. Die Firma Carst u. Co. war industriell ziemlich stark tätig, u. a. bei der Berliner Bismarckfabrik vorm. Ritter, der Reich u. Martin A.-G. Berlin, der Bayerischen Hartsteinindustrie Rindchen, den Gummiwerken Elbe, der Thermo A.-G., der Steinpulverwerke Ludwig Bessel-Bonn und der Dolorit-Basalt A.-G. Köln.

Die Geschäfte in der Großkonfektion.

Nach der Umsatzstatistik des Verbandes Deutscher Damen- und Mädchenmäntel-Fabrikanten für das Jahr 1930 betrug der Gesamtumsatz von 178 Firmen dieses Industriezweiges 239,8 Millionen Mark (gegenüber 248 und 342,4 Millionen in den beiden Vorjahren). Beim Vergleich der Umsätze von 175 Firmen, die sowohl 1929 als auch 1930 Verbandsmitglieder waren, ergibt sich ein durchschnittlicher Umsatzrückgang um 8,6 Prozent. Am stärksten war der Umsatzrückgang in den Größenklassen der Firmen von 100 000 bis 300 000 sowie von 300 000 bis 1 Million Mark Jahresumsatz (minus 20 bis 23½ Proz.), am geringsten in der Größenklasse 2 bis 4 Millionen Mark Jahresumsatz (minus 2,2 Proz.); die Größenklasse 1 bis 2 Millionen Mark Jahresumsatz konnte sogar den Umsatz etwas erhöhen.

Der Export in der Großkonfektion hat gegenüber dem Vorjahr mit 51,3 Millionen um fast 7 Proz. zugenommen. Er betrug in den Jahren 1927 bis 1929 jeweils 51,4, 53,5 und 48,4 Millionen Mark, blieb also innerhalb der letzten vier Jahre ziemlich stabil.

Rezerwen statt Dividende. Daß die Höhe der Dividenden schon längst nicht mehr ein Maßstab für die Gewinne der Aktiengesellschaften sind, ist offenes Geheimnis. Auch die Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals H. Scheidemann, Berlin, zieht es vor, von der Verteilung einer Dividende „in Anbetracht der unübersichtlichen, schwierigen Wirtschaftslage“ abzusehen, obwohl der Reinertrag des Jahres 1929/30 von 0,73 Millionen Mark (Vorjahr 1,27 Millionen) die Wiederverteilung von 5 Proz. Dividende auf das 10-Millionen-Kapital zugelassen hätte. Der Reinertrag ist auch nur mit Hilfe erhöhter Abschreibungen und reichlicher Rückstellungen durch Unterbewertung der Warenvorräte so niedrig errechnet worden.

Zahlen über das Radio. Nach einer Veröffentlichung der „New York Times“ sind in der ganzen Welt 24 Millionen Radioapparate in Gebrauch, davon nicht weniger als 10,5 Millionen oder 45 Prozent in den Vereinigten Staaten. In Europa sind gerade die Hälfte, in Amerika etwas mehr als die Hälfte der Apparate Reparaturbedürftig. Defektapparate sind nur in Russland und in der Türkei stärker verbreitet. Die Rundfunkgebühr beträgt im Durchschnitt 13 bis 18 Mark, in Frankreich nur 39 Cents oder 7 Pennia (!), in der Türkei aber 185 Mark! Der Wert der Anlagen aller Rundfunkstationen wird auf 122 Millionen Mark geschätzt. In der Ausfuhr von Radiooperäten stehen die Vereinigten Staaten mit einer Ausfuhr von fast 100 Millionen Mark im Jahre 1929 an der Spitze.

Der Justizetat im Landtag.

Justizminister Schmidt gegen die Verleumderclique.

Der Landtag nahm am Mittwoch zunächst einen Antrag der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei an, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung über die Beteiligung der Preußenkassen an der „Kölnischen Volkszeitung“ oder dem „Kölnischen Sozialanzeiger“ verlangte. Die Untersuchung wird dem Untersuchungsausschuss für die Preußenkassen überwiesen.

Hierauf wurde an Stelle des verstorbenen Vizepräsidenten Dr. Wiemer (D. Wp.) ein neuer Vizepräsident gewählt.

Die Wahl erfolgt mit verdeckten Stimmzetteln durch Namensaufruf. Es haben Stimmen erhalten die Abg. v. Ennern (D. Wp.) 256, Kasper (Komm.) 29 und fünf weitere Abgeordnete je eine Stimme.

Damit ist Abg. v. Ennern gewählt. Er nimmt die Wahl an. Es folgt die zweite Lesung des Finanzausgleichsgesetzes.

Abg. Syllat (Soz.) erklärt als Berichterstatter, daß der Entwurf Abänderungsvorschläge für vier Gesetze zusammengefaßt enthält. Eine Änderung der relativen Garantie habe der Ausschuss abgelehnt. Es sei nicht für zweckmäßig erachtet worden, wegen einiger Gemeinden Änderungen vorzunehmen, die für alle übrigen eine Kürzung der Ueberweisung von 1 Proz. bedeuten hätte. — Der Ausschuss hat auch abgelehnt, den Magistraten das alleinige Recht zur Einführung neuer Kommunalsteuern zu geben.

Abg. Dr. v. Arles (Dnat.) lehnt den Entwurf in der vorgeschlagenen Form ab. Trotz der Ablehnung der Abänderungsanträge seiner Fraktion betrachte er dieselben als Vorbereitungsarbeit.

Abg. Aloff (S.) stimmt für seine Fraktion dem Entwurf zu.

Abg. v. Ennern (D. Wp.) hält die Durchführung eines endgültigen preussischen Finanzausgleichs ohne Rücksicht auf das Reich nicht für möglich.

Abg. Leinert (Soz.):

Wir werden den Entwurf in der Ausschussfassung annehmen und alle Abänderungsanträge ablehnen. Wenn wir Abstand ge-

nommen haben, einen Antrag auf Änderung der relativen Garantie zu stellen, so deshalb, weil er doch abgelehnt wird. Trotzdem sieht zu erwarten, daß mit der endgültigen Regelung des Reichsfinanzausgleichs auch in Preußen die Grundlagen der relativen Garantie geändert werden.

Leider können wir die Bürgersteuer nicht beseitigen, wie das ein kommunistischer Antrag will. Preußen ist zu ihrer Einführung durch die Reichsnotverordnung gezwungen. Wir wünschen aber, daß über den in der Reichsnotverordnung festgelegten Mindestsatz nicht hinausgegangen wird. Zur Entlastung der Gemeinden muß Preußen dafür sorgen, daß auf dem Wege der Reichsfinanzgesetzgebung die Kosten für die Wohlfahrtsverwaltungen in der Hauptsache vom Reich getragen werden.

Selbstverständlich kann mit diesem Gesetz die Not der Gemeinden nicht beseitigt werden. Das kann auch nicht geschehen durch immer weitergehende Stärkung der Aufsichtsinstanzen, die schließlich zur völligen Aufgabe der Selbstverwaltung führen muß. Die baldige Schaffung eines Reichsfinanzausgleichs kann erst für Preußen dauernd die Grundlagen für die Finanzgesetze sichern.

Abg. Bedt-Wilmerdorf (Komm.) lehnt den Entwurf unter heftigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie ab.

Nach einigen weiteren Rednern wird die Vorlage in der Ausschussfassung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Justizetats.

Abg. Dr. Orginiet (Staatsp.) erstattet Bericht über die Ausschussverhandlungen und hebt insbesondere die Zunahme der Zivilischen hervor.

Justizminister Dr. Schmidt:

Die Zahl der Rechtsstudierenden ist seit 1929 wieder zurückgegangen, aber noch immer 83 Proz. höher als vor dem Krieg. Die Zahl der Referendare und Assessoren ist nach immer im Steigen begriffen. Die Ausschichten auf Erlangung einer Lebensstellung im Justizdienst sind außerordentlich schlecht. Ich kann deshalb vor der Herabsetzung der Altersgrenze der Richter nur erneut warnen. (Sehr

gut. Links.) Die soziale Zusammensetzung des juristischen Nachwuchses entspricht noch keineswegs unseren Wünschen; immerhin ist die Zahl der Arbeiterkinder langsam gestiegen. Auch der Anwaltsstand ist wirtschaftlich gegenwärtig schwer bedroht; die Zahl der Anwälte ist um 40 Proz. höher als vor dem Kriege. Obwohl zahlreiche Anwälte auf die Einnahme aus Armenmandaten angewiesen sind, war die Herabsetzung dieser Gebühren notwendig. Durch die Ratverordnungen wird die Zahl der Landgerichtsprozesse um etwa 16 Proz. vermindert werden. Trotzdem bleibt ihre Arbeitsbelastung wesentlich höher als vor dem Kriege. Der Umzug des Arbeitsgerichts Berlin in angemessene Räume kann jetzt endlich erfolgen. An der Schaffung eines Amtsgerichts und eines einheitlichen Landgerichts für Berlin wird fleißig gearbeitet.

In der Strafrechtspflege wirken sich die schweren wirtschaftlichen Nöte nicht einmal so stark aus wie die außerordentliche Verrohung des politischen Kampfes. Zusammenstöße radikalpolitischer Gegner und Beschimpfungen des Staates und seiner Organe haben in gewaltigem Ausmaß zugenommen. Die Strafrechtspflege wird neuerdings auch aus Kreisen der Rechtsparteien heftig kritisiert. Im Hauptauschuss bestand jedoch Übereinstimmung, daß der weitestgehende Teil der Tätigkeit unserer Gerichte sich in völlig reibungsloser, klarer Objektivität vollzieht. (Sehr wahr! in der Mitte.) Nur in Einzelfällen könnten Zweifel an wirklicher innerer Unparteilichkeit des Gerichts entstehen; aber hier darf man nicht vergessen, daß der Anteil der Laienrichter am einzelnen Urteil nicht festzustellen ist.

Im ganzen steht die preußische Rechtspflege nicht nur auf achtbarem, sondern auf hohem Niveau; sie ist fleißig, sach- und rechtskundig, pflichttreu, unparteilich und gerecht.

Die Justizverwaltung hat in Übereinstimmung mit einer überwältigenden Mehrheit des Hauses die verfassungsmäßige Unabhängigkeit der Richter stets geschützt und geachtet. Auf der anderen Seite ist es ihr verfassungsmäßiges Recht, durch die Staatsanwaltschaft die Voraussetzungen für einen guten und gerechten Richterspruch schaffen zu lassen. Ebenso wird sie sich nicht davon abbringen lassen, an öffentlichen Ringen mögliche Kritik zu üben.

Bereits im Hauptauschuss ist festgestellt worden, daß die in dem Buch „Gefesselte Justiz“ erhobenen Vorwürfe durchweg unrichtig und entstellend sind. (Hört, hört! links und in der Mitte.)

Einmütig sind die Mitglieder des Hauptauschusses von dieser Schmähchrift mit aller Entschiedenheit abgelehnt und haben so dem Verfasser eine Abfuhr erteilt, wie sie deutlicher und vollständiger ihm nicht hätte zuteil werden können. (Sehr wahr!)

Diese Mitglieder des Hauptauschusses, auch der inzwischen aus dem Hause ausgeschiedene Senatspräsident Dr. Deckerberg (Bewegung) sind sämtlich ausgezeichnete Sachkenner, die die preußische Justiz der letzten Jahre genauestens verfolgt haben. Sie alle haben ohne jeden Widerspruch ein vernichtendes Urteil über diese Schrift und ihren Verfasser abgegeben und bestätigt, daß dieses Buch wegen seiner bewußten Entstellungen und Unwahrheiten keinerlei Beachtung verdient. (Geheulte Zustimmung links und in der Mitte.)

Die überparteiliche Rotgemeinschaft aller derer, die in diesem Hause sachliche und praktische Arbeit an der Justiz als unserem wertvollsten Kulturgut leisten wollen, möge auch fernerhin Bestand haben und gemeinsam ankämpfen gegen die Sorgen und Nöte der Justiz, die in der Not der Zeit leider recht drückend geworden sind. (Bravo! im Zentrum und links.)

Von Regierungsvertretern werden einige Große Anfragen beantwortet. Auf eine sozialdemokratische Interpellation wird mitgeteilt, daß das Ministerium auf größten Nachdruck und rascheste Beschleunigung in der Verfolgung der Ausschreitungen der extrem Radikalen hinarbeite. Auch Angehörige vor Gericht solle wirksamer als bisher zurückgewiesen werden.

Eine weitere Interpellation über die Justiz im Oberlandesgerichtsbezirk Raumburg wird dahin beantwortet, daß die Rechtsprechung einzelner Gerichte dieses Bezirks seit geraumer Zeit Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der Justizverwaltung sei. In eingehender Aussprache mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten sei festgestellt worden, daß einzelne entsetzliche Urteile nicht den Schluß auf eine staatsfeindliche Einstellung der Richter dieses Oberlandesgerichtsbezirks rechtfertigten.

Eine Anfrage der Deutschnationalen wird dahin beantwortet, daß kein Zweifel daran bestehe, daß bei dem Magdeburger Radfall Heiling der verurteilte Schröder der allein Schuldige sei und ein begründeter Verdacht gegen Haas nicht bestehe. Oberpräsident Höfing habe nur eingegriffen, weil die dringende, später bestätigte Vermutung bestand, daß der Untersuchungsrichter Hoffmann und Kriminalkommissar Tenhoff eine falsche Spur verfolgten. Für eine erneute Untersuchung der Angelegenheit läge keinerlei Anhalt vor. Die Wetterberatung wird auf Donnerstag, 12 Uhr, vertagt.

7. Kreis — Charlottenburg Heute, Donnerstag, den 26. Februar, 1930 Uhr im „Türkischen Zelt“, Charlottenburg, Berliner Straße 58:

Oeffentliche Frauenversammlung

Die Reichstagsabgeordnete Mathilde Warm spricht über: **Die Frau im „Dritten Reich“**

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind an das Bezirkssekretariat Berlin SW 48, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Etage rechts, zu richten

- Heute, Donnerstag, 26. Februar:**
- 1. Kreis. Kurias Fabian 19½ Uhr im Lokal Köhler, Ruhlsdorf, 10.
 - 14. Kreis. 19½ Uhr Kreisvertreterversammlung, Poststraße, 2. Hof, 2. Etage rechts.
 - 20. Abt. 19½ Uhr Hochschülerverein, See-Edle Zimmer Straße, Mithrasbergsammlung, Vortrag des Genossen Dr. Otto Friedländer.
 - 20. Abt. Die nichtverurteilten Parteien zur Bundgebung am 2. März sind bis heute, Donnerstag, 21 Uhr, beim Abteilungsleiter abzuholen.
 - 22. Abt. 20 Uhr Abendabend des Sprechers Steinhilber im Jüdischen Arbeiterklub, am Stadtport.
 - 100. Abt. 19½ Uhr Büroarbeit, Weiskopfstraße, Mithrasbergsammlung, Hans Panger, „Gegen die Nazis“, Vortrag am Sozialismus vorlesen.
 - 127. Abt. Bezirksleiter Lehrer: 20 Uhr Resultatabend im Lokal Köhler, Ruhlsdorf, 10, Vortragender Hans Schaber.

Morgen, Freitag, 27. Februar:

- 11. Kreis. 20 Uhr Parteischule, letzter Kuriasabend Dr. Otto Friedländer: „Was ist das Dritte Reich“.
- 15. Kreis. 20 Uhr Gemeindefest, Poststraße bei Köhler, Kreisvertreterversammlung, Jubilarfeier und Kränzen. Kreisvorstand und Abteilungsleiter um 19 Uhr.
- 20. Kreis. Alle Funktionäre beteiligen sich an dem Kurias des Genossen Röhre am 27. Februar und 6. März, 20 Uhr, in der neuen Schule, Wittmann, Hauptstraße.

Kreisoberteil der Zeitungskommission Groß-Berlin.

19½ Uhr Normalsitzung, Lindenstr. 2, 1. Hof, partierte Liste, Juristische Sprechstunde, Sitzung.

Einheitsverband der Handel- und Gewerbetreibenden und freien Berufe, Ortsgruppe Berlin.

20 Uhr Lokal Kitzbergplatz, Kirchgasse, 49, Vertreterversammlung: „Die Lebensfragen der Selbständigen“.

Sonnabend, 28. Februar:

- 12. Kreis. Im Rahmen des kommunalpolitischen Kurias Besichtigung des Obholzkampfs, Treffpunkt 1½ Uhr Mindehof, Tempelhofer und 4½ Uhr Mindehof, Schönhauser Allee.
- Abteilungsleiter 17½ Uhr im Vortragssaal des Parteivorstandes, Lindenstr. 2, Hof, 2. Et., unter Leitung des Genossen Dr. Walter Ennschardt. (Streitgespräch zwischen Ernst Toller und 24 Uhr am Randfunk.) Parteien im Einheitsverband, Lindenstr. 2, und Bundesliga des, Lindenstr. 2, ohne Karte kein Zutritt.

Frauenveranstaltungen.

- 2. Kreis. Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, bei Stein, Holzmeister, 27, Funktionärinnenklausur.
- 6. Kreis. Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 19½ Uhr, Funktionärinnenklausur im kleinen Saal des Köhler, Ruhlsdorf, 10.
- 4. Abt. Eumegara, 28. Februar, Besichtigung der „Gedag“-Ausstellung, Berlin SW 48, Ruhlsdorf, 10-12, Treffpunkt 16 Uhr vor dem Köhler, Ruhlsdorf, 10-12, um 15 Uhr.
- 20. Abt. Freitag, 27. Februar, Besichtigung der Gedag-Ausstellung, Treffpunkt 14 Uhr vor dem Köhler in der Wilhelmstr. 90-92, mit der Untergrundbahn bis Kottbuscher Platz.
- 25. Abt. Freitag, 27. Februar, 18 Uhr, Besichtigung der Gedag-Ausstellung, Treffpunkt 17½ Uhr vor dem Köhler, Ruhlsdorf, 10-12, Eintritt frei.
- 26. Abt. Mi-Ordn. Freitag, 27. Februar, Besichtigung der Gedag-Ausstellung, Treffpunkt 16 Uhr vor dem Köhler in der Wilhelmstr. 90-92.
- 130. Abt. Reichsbanner-Ordn. Donnerstag, 26. Februar, 20 Uhr, in der Lindenstraße, nach der Wohlfahrtsschau, Besichtigung der Ausstellung.

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt.

17. Kreis. Freitag, 27. Februar, 19 Uhr, Vorlesung des Schulungsleiters im Rahmen der Reformmaßnahmen Lindenberg, Parkstr. 1, Helene Genosse Hedwig Baderstein, 27, b. 2.

(Sitzung, Kreisrat (Kursaal), Donnerstag, 26. Februar, 20 Uhr, im großen Saal des Parteivorstandes der Arbeiterwohlfahrt, Seemannstr. 12, Vortrag des Genossen Ministerialrat Dr. Hans Reiter, Dresden, über „Die für-fergeplante Arbeiterwohlfahrt“.

Arbeiter-Bildungsschule.

1. Kreis. Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Sozialistische Studentenschaft, Ortsgruppe Berlin.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind an das Bezirkssekretariat Berlin SW 48, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Etage rechts, zu richten

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Kreisrat, Freitag, 27. Februar, 20 Uhr, in der Schule Friedrichstraße 4, Kreisrat, 19½ Uhr, im Jüdischen Arbeiterklub, 10-12, Thema: „Die Partei in Aktion und Opposition“.

Das ist es!

Auffallend billig und doch Qualität

<p>Jagdwurst Pfd. 1.04 M.</p> <p>Hallesche Leberwurst Pfd. 72 Pf.</p> <p>Landleberwurst Pfd. 92 Pf.</p> <p>Feine Leberwurst Pfd. 1.20 M.</p> <p>Fleischwurst Pfd. 88 Pf.</p> <p>Blutwurst Pfd. 72 Pf.</p> <p>Teewurst, fein und grob Pfd. 1.52 M.</p> <p>Brühwurst Pfd. 96 Pf.</p> <p>Delikatess-Sülze Pfd. 56 u. 76 Pf.</p> <p>Fetter Speck Pfd. 88 Pf.</p> <p>Magerer Speck Pfd. 1.18 M.</p> <p>Holst. Schlackwurst und Salami Pfd. 1.48 M.</p>	<p>Gesundheitsbrot 2 Pfd. 30 Pf.</p> <p>Kommisbrot 2 Pfd. 30 Pf.</p> <p>Reines Roggenbrot 3½ Pfd. 55 Pf.</p> <p>Landbrot (Mischbrot) 3½ Pfd. 60 Pf.</p> <p>Vergleichen Sie Qualität, Gewicht u. Preis</p> <p>„EGONA“ Volkskuchen Stck. 38 Pf.</p> <p>„EGONA“ Hochfein Stck. 55 Pf.</p> <p>Kinder-Keks ¼ Pfd. 15 Pf.</p> <p>Teegebäck ¼ Pfd. 20 Pf.</p> <p>Olympia-Keks ¼ Pfd. 25 Pf.</p> <p>Familien-Keks ¼ Pfd. 25 Pf.</p> <p>Mokka-Waffeln ¼ Pfd. 25 Pf.</p> <p>Germania-Keks m. Schok. ¼ Pfd. 35 Pf.</p> <p>Keksringe mit Schokolade ¼ Pfd. 30 Pf.</p> <p>Aus eigener Keksfabrik</p> <p>Guter Brasil-Kaffee ¼ Pfd. 50 Pf.</p> <p>Kaffee-Spezial ¼ Pfd. 75 Pf.</p>	<p>Brechbohnen (Fadenfr.) 2Pfd.-Dose 48 Pf.</p> <p>Gem. Gemüse 2Pfd.-Dose 50 Pf.</p> <p>Backpflaumen Pfd. 50 Pf.</p> <p>Backobst Pfd. 50 und 80 Pf.</p> <p>Große Linsen Pfd. 25 Pf.</p> <p>Voll-Reis Pfd. 25 Pf.</p> <p>Ölsardinen (in Olivenöl) Dose 40 Pf.</p> <p>Prima Molkerei-Butter Pfd. 1.80 M.</p> <p>Prima Bratenschmalz Pfd. 70 Pf.</p> <p>Prima Griebenschmalz Pfd. 80 Pf.</p> <p>Die gute Haushalt-Margarine Pfd. nur noch 42 Pf.</p> <p>Verlangen Sie den EGONA-SPAR-BON</p> <p>auf Margarine, Kaffee, Kakao und Tee Sie erhalten das echte Porzellan-Kaffee-Service</p>
---	--	---

EDUARD - GOLDACKER - NACHE.

(INH. GUSOWSKI U. VAN GROENENBERGH) G. M. B. H.

Über 100 Filialen in Berlin und Vororten

